RTG REVISIONS- UND TREUHAND GMBH
DR. BÖHMER UND PARTNER
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Niederlassung Dessau-Roßlau
Hans-Heinen-Straße 3

UNVERBINDLICHES LESEEXEMPLAR
- ohne Fehlerkorrektur -

ÄNDERUNGEN bis zur
endgültigen Berichtsfassung
VORBEHALTEN!

Der Auftraggeber verpflichtet sich, dieses Leseexemplar nicht an Dritte weiter zu geben und an uns zurück zu geben.

P R Ü F U N G S B E R I C H T

über den

Jahresabschluss

und Lagebericht

zum 31. Dezember 2023

des

Eigenbetriebes „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa“ der Stadt Dessau-Roßlau

Dessau-Roßlau

RTG
DR. BÖHMER
und Partner
Wirtschaftsprüfung / Steuerberatung

Niederlassung Dessau-Roßlau

P R Ü F U N G S B E R I C H T

über den

Jahresabschluss

und Lagebericht

zum 31. Dezember 2023

des

Eigenbetriebes „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa“ der Stadt Dessau-Roßlau

Dessau-Roßlau

1. Exemplar

Fassung vom 21.11.2025

RTG Revisions- und Treuhand GmbH
Dr. Böhmer und Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Hans-Heinen-Straße 3
06844 Dessau-Roßlau

Geschäftsführer:
WP/StB Dr. Michael Böhmer
WP/StB Bernhard M. Kinzinger
StB´in Claudia Scheller-Rott
WP/StB Chris Kemmer

Sitz der Gesellschaft: Ludwigshafen a.Rh.
Rechtsform: GmbH
Amtsgericht Ludwigshafen a.Rh., HRB-Nr. 2606

Tel.: 0340 / 260 36-0
Fax: 0340 / 260 36-80
eMail: Dessau-Rosslau@DrBoehmer.de
Internet: www.drboehmer.de

Mitglied von HLB International - Ein Netzwerk unabhängiger
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellchaften

Fassung vom 21.11.2025

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	**Prüfungsauftrag**	1
2.	**Grundsätzliche Feststellungen**	2
3.	**Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse**	
3.1.	Wesentliche Kennzahlen	6
3.2.	Ertragslage	7
3.3.	Vermögens- und Finanzlage	9
4.	**Prüfungsdurchführung**	
4.1.	Gegenstand der Prüfung	13
4.2.	Art und Umfang der Prüfung	14
5.	**Feststellungen zur Rechnungslegung**	
5.1.	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	18
5.1.1.	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	18
5.1.2.	Jahresabschluss	19
5.1.3.	Lagebericht	19
5.2.	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	20
5.2.1.	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	20
5.2.2.	Bewertungsgrundlagen	20
6.	**Feststellungen nach § 53 HGrG**	20
7.	**Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung**	21

ANLAGEN lt. Anlagenverzeichnis	**Anlage**
Bilanz zum 31. Dezember 2023	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2023	3
Lagebericht 2023	4
Wirtschaftliche Verhältnisse	5
Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	6
Erläuterungen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023	7
Fragenkatalog im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz	8
Ergebnisrechnung nach Betriebszweigen	9
Allgemeine Auftragsbedingungen	10

1. Prüfungsauftrag

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Dessau-Roßlau hat uns am 24. Juli 2025 den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 (Anlagen 1 bis 3) des

Eigenbetriebes „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa"
der Stadt Dessau-Roßlau

(im Folgenden "Eigenbetrieb" oder „DeKiTa“ genannt)

unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht (Anlage 4) gemäß § 19 Abs. 3 EigBG sowie § 142 Abs. 1 KVG LSA zu prüfen.

Der Prüfungsauftrag ist dahingehend erweitert worden, dass auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG geprüft werden.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4 a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung unterrichtet dieser Prüfungsbericht. Die Berichterstattung erfolgt unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n.F.) und des Fragenkatalogs zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG (IDW PS 720). Der vorliegende Prüfungsbericht über die freiwillige Prüfung richtet sich an den Eigenbetrieb.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen und der gesellschaftsrechtlichen Grundlagen des Eigenbetriebes verweisen wir auf Anlage 5 und 6 zu unserem nachfolgenden Bericht. Auftragsgemäß haben wir weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses in einem beigefügten Erläuterungsbericht (Anlage 7) gesondert dargestellt. Der Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG ist als Anlage 8 beigefügt. In der Anlage 9 ist die Ermittlung der Ergebnisse der Betriebsabteilungen und Betriebszweige des Eigenbetriebs dargestellt.

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, unsere als Anlage 10 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Folgende Kernaussagen des Lageberichts sind aus unserer Sicht hervorzuheben:

2.1.1. Grundlagen des Unternehmens

Der Eigenbetrieb betreibt und bewirtschaftet 22 Tageseinrichtungen in Dessau-Roßlau für Kinder im Altersbereich von 0 Jahren bis zur Versetzung in den 7. Schuljahrgang und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (Jugendklub und Spielmobil). Der Eigenbetrieb errichtet Tageseinrichtungen und saniert Bestandseinrichtungen.

Kindertageseinrichtungen sind als kommunale Bildungs- und Versorgungszentren in Deutschland stark zuschussabhängig. Die Finanzierung des Regelbetriebs von Kindertageseinrichtungen erfolgt gem. § 11 a KiFöG LSA in Form von Entgeltvereinbarungen. Diese beinhalten eine Zuweisung des Landes gem. § 12 KiFöG LSA und eine Zuweisung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe (§12 a KiFöG LSA). Ein möglicherweise verbleibender Anteil (verbleibender Finanzbedarf/Verlustausgleich) ist durch die Stadt gem. § 12 b KiFöG LSA zu tragen. Zur Minderung dieses Anteils erhebt die Stadt Kostenbeiträge von den Eltern der betreuten Kinder.

Betreute Kinder aus dem Rechtskreis SGB IX (körperlich und/oder geistig behinderte Kinder) werden über das Sozialamt der Stadt finanziert. Der Jugendklub und das Spielmobil werden vom örtlichen Träger der Jugendhilfe bezuschusst.

2.1.2. Wirtschaftsbericht

Der leichte Anstieg der Betreuungszahlen im Jahr 2022 - im Vergleich zu beiden Vorjahren - konnte auch im Jahr 2023 (2.980 Kinder, i.V. 2.937 Kinder) verstetigt werden, auch wenn der Plan (3.018 Kinder) nicht erreicht werden konnte. Dies ist auch im Jahr 2023 bedingt durch die demographische Entwicklung in der Stadt Dessau-Roßlau in Folge der Flüchtlingsbewegung sowie die Kapazitätserweiterungen durch abgeschlossene Bauvorhaben.

Der Eigenbetrieb hat einen Jahresfehlbetrag von TEUR - 82 erzielt, geplant war ein Ergebnis von TEUR 0. Aufgrund von Zusatzvereinbarungen zur Finanzierung und insbesondere in Höhe der Fehlbetragsfinanzierung nach § 12 b KiFöG konnte das vorläufige negative Ergebnis von TEUR - 561 um TEUR 479 vermindert werden.

Die **Vermögenslage** zeigt das deutlich erhöhte Anlagevermögen mit TEUR 34.432 (i.V. TEUR 29.499), bei einer erhöhten Anlagenquote von 86,6 % (i.V. 76,9 %), sowie das gegenläufig entwickelte Umlaufvermögen mit TEUR 5.305 (i.V. TEUR 8.837). Das lang- und mittelfristig zur Verfügung stehende Kapital von TEUR 34.920 (i.V. TEUR 30.379) entspricht einer erweiterten Eigenkapitalquote von 87,9 % (i. V. 79,2 %).

Die **Finanzlage** zeigt bei einem Jahresfehlbetrag von TEUR - 82 (i.V. TEUR 10) und bei einem negativen Cash-Flow um TEUR 4.613 geminderte liquide Mittel mit insgesamt TEUR 2.978 (i.V. TEUR 7.591).

Hinsichtlich der im Vergleich zum Vorjahr verschlechterten **Ertragslage** wird auf die wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen verwiesen. Die geringeren Umsatzerlöse mit TEUR 1.883 (i.V. TEUR 1.929) haben bei einer erneut erhöhten Summe der öffentlichen Zuschüsse von TEUR 20.969 (i. V. TEUR 19.398) und erhöhten sonstigen betrieblichen Erträgen von TEUR 2.056 (i.V. TEUR 1.940) zu einer verbesserten Gesamtleistung von TEUR 24.908 (i.V. TEUR 23.267) geführt. Die Fehlbetragsfinanzierung nach § 12 b KiFöG von TEUR 479 ist bei den öffentlichen Zuschüssen enthalten.

Das Jahresergebnis war insbesondere belastet durch die deutliche Erhöhung der Personalaufwendungen von TEUR 20.669 (i.V. TEUR 19.102) in Folge von Personalaufbau und der ganzjährigen Wirkung von Tarifanpassungen. Die übrigen Aufwendungen haben sich moderat entwickelt.

Die finanziellen Leistungsindikatoren des Eigenbetriebs zeigen unter Berücksichtigung der eigenkapitalähnlichen Sonderposten aus Zuschüssen eine stabile Vermögenslage bei einer verschlechterten Finanz- und Ertragslage.

Die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren nehmen insbesondere die Themen um Mitarbeiterbindung und Mitarbeiterzufriedenheit stark in den Fokus.

2.1.3. Chancen- und Risikobericht

Der Eigenbetrieb sieht Entwicklungschancen durch die fortgesetzte Modernisierung und Erweiterung des Betreuungsangebots, was auch die Personalentwicklung einschließt.

Gemäß Risikobericht sind der Betriebsleitung bestandsgefährdende Risiken für den Eigenbetrieb nicht bekannt. Strukturelle Herausforderungen werden insbesondere im anhaltenden Fachkräftemangel und aufgrund der prognostischen Kostensteigerungen im Personal -, Energie- und Bewirtschaftungskosten gesehen. Die Finanzierungssystematik sowie insbesondere die verspäteten Entgeltvereinbarungen mit dem Träger wirken sich auch in den Folgejahren auf die angespannte Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs aus. Die demografische Entwicklung erfordert in Zukunft Flexibilität bei der Anpassung der Betreuungsbedarfe und deren auskömmliche Finanzierung.

2.1.4. Prognosebericht

Die Wirtschaftsplanungen für 2024 und 2025 gingen von jeweils ausgeglichenen Jahresergebnissen aus. Aufgrund von steigenden Kosten und unter Berücksichtigung von Finanzierungsvereinbarungen Ende 2024, mit weiteren Anpassungen in 2025, werden dennoch vorläufig negative Jahresergebnisse erwartet mit dem Bedarf an zusätzlicher Fehlbetragsfinanzierung durch den Aufgabenträger.

2.1.5. Zusammenfassende Beurteilung

Zusammenfassend stellen wir fest, dass der Geschäftsverlauf und die Lage des Eigenbetriebes von der Geschäftsführung im Jahresabschluss und dem Lagebericht nach unserer Auffassung zutreffend dargestellt und beurteilt werden. Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des Eigenbetriebes im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume gegeben sind. Nach unserer Auffassung ist diese Darstellung insgesamt plausibel und zutreffend.

2.2. Verstöße gegen Gesetz ohne Bezug zur Rechnungslegung

Verspätete Aufstellung des Jahresabschlusses

Entgegen der Verpflichtung gemäß § 19 Abs. 2 EigBG Land Sachsen-Anhalt ist der Jahresabschluss nicht innerhalb von 4 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufgestellt und dem Bürgermeister vorgelegt worden.

3. Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse

3.1. Wesentliche Kennziffern

	2023	2022	2021	Durchschnitt der Vorjahre
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapitalquote				
Eigenkapital	2.862	2.944	2.934	
Gesamtkapital	39.737	38.336	29.530	
Verhältnis in %	7,2	7,6	9,9	8,8

Die Eigenkapitalquote hat sich auf 7,2 % (i.V. 7,6 %) entwickelt und ist im Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten 2 Jahre wegen des verminderten Eigenkapitals bei erhöhtem Gesamtkapital um 1,6 %-Punkte gesunken.

erweiterte Eigenkapitalquote				
Eigenkapital + Sonderposten	34.920	30.379	24.486	
Gesamtkapital	39.737	38.336	29.530	
Verhältnis in %	87,9	79,2	82,9	81,1

Die erweiterte Eigenkapitalquote ist um 8,7 %-Punkte auf 87,9 % gestiegen und liegt deutlich über dem Durchschnitt der beiden Vorjahre.

Anlagenquote				
Anlagevermögen	34.432	29.499	23.640	
Gesamtvermögen	39.737	38.336	29.530	
Verhältnis in %	86,6	76,9	80,1	78,5

Die Anlagenquote hat sich wegen des überproportional gestiegenen Anlagevermögens auf 86,6 % (i.V. 76,9%) erhöht und liegt mit 8,1 %-Punkten über dem Durchschnitt der vergangenen 2 Jahre.

3.2. Ertragslage

Die als Anlage 2 diesem Bericht beigefügte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023 ist in Anlage 7 des Berichtes im Einzelnen erläutert und wird nachfolgend zusammenfassend analysiert:

	2023		2022		Ergebnis-veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	1.883	7,6	1.929	8,3	-46
+ Betriebskostenzuschüsse	20.969	84,2	19.398	83,4	1.571
+ Sonstige betriebliche Erträge	2.056	8,2	1.940	8,3	116
Gesamtleistung	**24.908**	**100,0**	**23.267**	**100,0**	**1.641**
./. Personalaufwand	-20.669	-83,0	-19.102	-82,1	-1.567
./. Abschreibungen	-635	-2,5	-467	-2,0	-168
./. Sonstige Aufwendungen	-3.680	-14,8	-3.669	-15,8	-11
Betriebsergebnis	**-76**	**-0,3**	**29**	**0,1**	**-105**
./. Zinsergebnis	-6	0,0	-19	-0,1	13
= Jahresfehlbetrag (i.V. Jahresüberschuss)	**-82**	**-0,3**	**10**	**0,0**	**-92**

Die **Umsatzerlöse** von TEUR 1.883 (i.V. TEUR 1.929) haben sich auslastungsbedingt um TEUR 46 vermindert und betreffen mit TEUR 1.879 (i.V. TEUR 1.927) Kostenbeiträge der Eltern für Kinderkrippen (TEUR 455), Kindertagesstätten (TEUR 832) und Horte (TEUR 592). Die übrigen Umsatzerlöse von TEUR 4 (i.V. TEUR 2) betreffen Mieterträge und weitere Erlöse.

Die **Betriebskostenzuschüsse** von TEUR 20.969 (i.V. TEUR 19.398) sind um TEUR 1.571 erhöht auszuweisen und setzen sich aus erhöhten Landeszuweisungen nach dem KiFöG in Höhe von TEUR 11.216 (i.V. TEUR 10.456) und erhöhten Zuschüssen der Stadt Dessau-Roßlau von TEUR 9.753 (i.V. TEUR 8.942) zusammen. Die Landeszuweisungen gemäß dem KiFöG beruhen auf der Kinderförderung-Zuweisungsverordnung von 2023 sowie auf der Anzahl der zum Stichtag im Jahr 2022 betreuten Kinder. In den Zuschüssen der Stadt Dessau-Roßlau ist zur Deckung des Verlustes ein zusätzlicher Finanzbedarf nach § 12b KiFöG in Höhe von TEUR 479 enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** von TEUR 2.056 (i.V. TEUR 1.940) betreffen mit TEUR 929 (i.V. TEUR 1.068) Erträge aus Kostenerstattungen, Erstattungen von Krankenkassen mit TEUR 286 (i.V. TEUR 388) und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit TEUR 714 (i.V. TEUR 451). Die übrigen Erträge betreffen die Auflösung von Rückstellungen mit TEUR 68 (i.V. TEUR 24), periodenfremde Erträge mit TEUR 50 (i.V. TEUR 0) und weitere verschiedene Erträge mit TEUR 8 (i.V. TEUR 9).

Der **Personalaufwand** von TEUR 20.669, bzw. 83,0 % (i.V. TEUR 19.102, bzw. 82,1 %) ist um TEUR 1.567 erhöht und betrifft im Durchschnitt des Jahres 443 (i.V. 421) Mitarbeiter. Neben den Veränderungen in der Zusammensetzung der Mitarbeiter und im Beschäftigungsumfang hat insbesondere die Inflationsausgleichsprämie (TEUR 800) zu dem deutlich erhöhten Personalaufwand im Jahr 2023 geführt. Zur Zusammensetzung des Personalaufwands verweisen wir auf Anlage 7, Blatt 22.

Der Aufwand aus **Abschreibungen** beträgt im Jahr 2023 TEUR 635 und ist gegenüber dem Vorjahr investitionsbedingt um TEUR 168 erhöht auszuweisen. Den Abschreibungen stehen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens von TEUR 714 (i.V. TEUR 451) gegenüber, die mit TEUR 107 außerplanmäßige Auflösungen in Folge von Abgängen bei Anlagen im Bau enthalten.

Die **sonstigen Aufwendungen** in Höhe von TEUR 3.680 (i.V. TEUR 3.669) haben sich im Jahr 2023 um TEUR 11 erhöht. Die Aufwendungen betreffen mit TEUR 126 verminderte Betriebskosten von TEUR 1.798 (i.V. TEUR 1.923) sowie die um TEUR 50 gestiegenen Verwaltungs- und Personalnebenkosten mit TEUR 1.473 (i.V. TEUR 1.423). Zur weiteren Erläuterung verweisen wir auf Anlage 7, Blatt 23 f..

Das negative **Zinsergebnis** von TEUR - 6 (i.V. TEUR - 19) resultiert im Wesentlichen aus Negativzinsen auf Kontoguthaben.

Das **Jahresergebnis** ist mit TEUR - 82 (i.V. TEUR 10) auszuweisen, so dass sich die Ertragslage im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 92 verschlechtert hat.

3.3. Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage

A K T I V A	2023		2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Anlagevermögen					
Sachanlagen	34.432	86,6	29.499	76,9	4.933
	34.432	86,6	29.499	76,9	4.933
Umlaufvermögen					
Forderungen, Sonstige Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzung	415	1,0	315	0,9	100
Forderungen gegen den Aufgabenträger	1.912	4,8	931	2,4	981
Flüssige Mittel	2.978	7,6	7.591	19,8	-4.613
	5.305	13,4	8.837	23,1	-3.532
	39.737	100,0	38.336	100,0	1.401
P A S S I V A					
Eigenkapital					
Kapitalrücklage	1.936	4,9	1.936	5,1	0
Gewinnrücklagen	926	2,3	998	2,5	-72
Bilanzgewinn	0	0,0	10	0,0	-10
	2.862	7,2	2.944	7,6	-82
Sonderposten für Investitionszuschüsse und Spenden für Anlagevermögen	32.058	80,7	27.435	71,6	4.623
= erweitertes Eigenkapital	34.920	87,9	30.379	79,2	4.541
Fremdkapital					
Rückstellungen	879	2,2	918	2,4	-39
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	524	1,3	442	1,2	82
Verbindlichkeiten gegenüber dem Aufgabenträger	1.423	3,6	1.373	3,6	50
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung	1.991	5,0	5.224	13,6	-3.233
	4.817	12,1	7.957	20,8	-3.140
	39.737	100,0	38.336	100,0	1.401

Die **Aktiva** beinhalten mit TEUR 34.432 (i.V. TEUR 29.499) bzw. 86,6 % (i.V. 76,9 %) Anlagevermögen und mit TEUR 5.305 (i.V. TEUR 8.837) bzw. 13,4 % (i.V. 23,1 %) Umlaufvermögen.

Das **Anlagevermögen** von TEUR 34.432 (i.V. TEUR 29.499) ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 4.933 erhöht auszuweisen, da den Investitionen von TEUR 5.694 Abschreibungen von TEUR 635 sowie Abgänge von TEUR 126 gegenüberstehen. Die Investitionen betreffen vorwiegend mit TEUR 4.927 Anlagen im Bau und im Übrigen nachträgliche Gebäudeherstellungskosten sowie Ausstattungen für Einrichtungen.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Erläuterungen zum Anlagevermögen in Anlage 7, Blatt 1 ff. und dem Anlagespiegel im Anhang (Anlage 3, Blatt 4).

Das **Umlaufvermögen** in Höhe von TEUR 5.305 (i.V. TEUR 8.837) hat sich bei um TEUR 1.081 erhöhtem Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen und dem um TEUR 4.613 verminderten Bestand an flüssigen Mitteln um insgesamt TEUR 3.532 vermindert. Die Forderungen enthalten mit TEUR 1.912 (i.V. TEUR 931) Forderungen gegen den Aufgabenträger.

Zur Entwicklung der Flüssigen Mittel verweisen wir auf die Kapitalflussrechnung auf Seite 12.

Die **Passiva** gliedern sich in das Eigenkapital von TEUR 2.862 (i.V. TEUR 2.944) bzw. 7,2 % (i.V. 7,6 %), das erweiterte Eigenkapital unter Einbeziehung der Sonderposten mit TEUR 34.920 (i.V. TEUR 30.379) bzw. 87,9 % (i.V. 79,2 %) sowie das Fremdkapital (einschließlich Rechnungsabgrenzung) von TEUR 4.817 (i.V. TEUR 7.957) bzw. 12,1 % (i.V. 20,8 %).

Das **Eigenkapital** hat sich um den Jahresfehlbetrag von TEUR 82 auf TEUR 2.862 (i.V. TEUR 2.944) vermindert und liegt bei einem gestiegenen Gesamtkapital mit 7,2 % unter dem Wert des Vorjahres (7,6 %).

Das Eigenkapital besteht aus der unveränderten Kapitalrücklage von TEUR 1.936, den geminderten zweckgebundenen Rücklagen von TEUR 827 (i. V. TEUR 862) und ebenfalls geminderten Investitionsrücklagen von TEUR 99 (i.V. TEUR 136). Daneben wird das Bilanzergebnis mit TEUR 0 (i.V. TEUR 10) ausgewiesen.

Die **Sonderposten** von TEUR 32.058 (i.V. TEUR 27.435) haben sich um Zuführungen von TEUR 5.694 bei Auflösungen von TEUR 714 sowie unter Berücksichtigung von Umgliederungen in die Verbindlichkeiten aus nicht verbrauchten Zuschüssen von TEUR 360 um TEUR 4.623 erhöht. Der Sonderposten kann als erweitertes Kapital dem Eigenkapital zugerechnet werden, da bei planmäßiger Verwendung der Zuschüsse keine Rückzahlung zu erfolgen hat. Die so ermittelte erweiterte Eigenkapitalquote beträgt 87,9 % und liegt damit 8,7 %-Punkte über dem Vorjahr (79,2 %).

Das **Fremdkapital (einschließlich Rechnungsabgrenzung)** hat sich um TEUR 3.140 auf TEUR 4.817 (i.V. TEUR 7.957) vermindert und enthält mit TEUR 1.991 (i.V. TEUR 5.224) sonstige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungen, die mit TEUR 1.631 (i.V. TEUR 4.919) noch nicht verwendete Zuschüsse zum Anlagevermögen betreffen. Daneben sind mit TEUR 1.423 (i.V. TEUR 1.373) Verbindlichkeiten gegenüber dem Aufgabenträger, Rückstellungen von TEUR 879 (i.V. TEUR 918) sowie Lieferverbindlichkeiten von TEUR 524 (i.V. TEUR 442) enthalten.

Die erhöhten Verbindlichkeiten gegenüber dem Aufgabenträger betreffen unverändert die mit der Stadt Dessau-Roßlau vereinbarte Teilrückzahlung des Jahresergebnisses 2021 in Höhe von TEUR 592 (i.V. TEUR 592) mit Verrechnung Ende 2024. Weiterhin sind Rückzahlungsverpflichtungen von insgesamt TEUR 600 (i.V. TEUR 431) nach Abrechnung der Entgeltvorauszahlung und von Projektkosten sowie übrige verschiedene Verpflichtungen mit TEUR 231 (i.V. TEUR 350) gegenüber der Stadt Dessau-Roßlau auszuweisen.

Die **Vermögenslage** hat sich in Folge des Jahresfehlbetrags um TEUR 82 verschlechtert.

Finanzlage

Die nachstehende **Kapitalflussrechnung** gemäß des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS 21) zeigt im Mehrjahresvergleich, wie sich der Eigenbetrieb finanziert hat.

		2023	2022	2021	2020
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	Jahresergebnis	-82	10	402	22
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	635	467	357	316
-	Auflösung Sonderposten	-714	-451	-357	-310
=	**Cash-Flow vereinfacht**	**-161**	**26**	**402**	**28**
-	Abnahme der Rückstellungen	-39	326	-532	116
-	Zunahme der Forderungen und anderer Aktiva	-100	-102	-31	-62
-	Zunahme Forderungen gegen den Aufgabenträger	-981	-931	0	295
-	Zunahme der Verbindlichkeiten und anderer Passiva	-3.151	2.185	-757	2.990
+	Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber dem Aufgabenträger	50	402	646	258
+	Verlust aus dem Abgang Anlagevermögen	126	0	0	57
+	Zinsaufwendungen	6	19	32	15
=	**Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**-4.250**	**1.925**	**-240**	**3.697**
-	Auszahlungen für Anlagevermögen	-5.694	-6.326	-4.316	-3.822
=	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	**-5.694**	**-6.326**	**-4.316**	**-3.822**
+	Einzahlungen aus Zuschüssen/Zuwendungen	5.337	6.334	4.206	3.788
-	Gezahlte Zinsen	-6	-19	-32	-15
=	**Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit**	**5.331**	**6.315**	**4.174**	**3.773**
	Cash-Flow gesamt (Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds)	**-4.613**	**1.914**	**-382**	**3.648**
+	Flüssige Mittel am Anfang der Periode	7.591	5.677	6.059	2.411
=	Flüssige Mittel am Ende der Periode	2.978	7.591	5.677	6.059

Der im Berichtsjahr negative Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR - 4.250 (i.V. TEUR 1.925) und der negative Cash-Flow aus Investitionstätigkeit von TEUR - 5.694 (i.V. TEUR - 6.326) wurde durch den positiven Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit von TEUR 5.331 (i.V. TEUR 6.315) gedeckt. Es ergaben sich hieraus um TEUR 4.613 verminderte Flüssige Mittel, die zum 31. Dezember 2023 TEUR 2.978 betragen.

4. Prüfungsdurchführung

4.1. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Abschlussprüfung ist der nach kommunalrechtlichen und ergänzenden deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellte Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts. Die Betriebsleitung trägt für die Buchführung, die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die dem Abschlussprüfer gegebenen Auskünfte die Verantwortung.

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und den Lagebericht 2023 auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB sowie die ergänzenden Bestimmungen des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), des Gesetzes über die kommunalen Eigenbetriebe des Landes Sachsen-Anhalt (EigBG), der Verordnung über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe (Eigenbetriebsverordnung - EigBVO)) geprüft.

Die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze für unsere Prüfung des Jahresabschlusses waren die Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB sowie die ergänzenden Bestimmungen des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), des Gesetzes über die kommunalen Eigenbetriebe des Landes Sachsen-Anhalt (EigBG), der Verordnung über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe (Eigenbetriebsverordnung - EigBVO).

Soweit nichts anderes bestimmt ist, hat sich die Prüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Eigenbetriebes oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Betriebsleitung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4 a HGB).

Die Prüfung erstreckt sich ferner gemäß § 53 Absatz 2 Nr. 1 und 2 HGrG auf die Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung. Über die Ergebnisse dieser Prüfung berichten wir in Punkt 6. und in der Anlage 8 „Fragestellungen im Rahmen der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG (IDW PS 720)“.

Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten sowie die Prüfung der Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes waren nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung.

4.2. Art und Umfang der Prüfung

Wir haben unsere Prüfung nach §§ 316 ff. HGB und den vom IDW festgestellten Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung ausgerichtet. Ziel unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist es, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Den Lagebericht haben wir daraufhin überprüft, ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von dem Eigenbetrieb vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss und mit den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt wird.

Die Grundzüge unseres Prüfungsvorgehens stellen sich wie folgt dar:

In der **ersten Phase** haben wir bei der Identifizierung und Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtürmern auf Abschluss- und Aussageebene ein Verständnis für das Geschäft des Unternehmens erlangt. Hierzu haben wir uns

- mit dem Umfeld und der Branche sowie der wirtschaftlichen Entwicklung des Eigenbetriebes befasst
- mit dem Rechnungslegungssystem und den Rechnungslegungsmethoden im Eigenbetrieb vertraut gemacht und
- ein Verständnis des internen Kontrollsystems verschafft, dessen Qualität und Funktionsfähigkeit von grundlegender Bedeutung für unser Prüfungsvorgehen ist.

Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Prüfungsschwerpunkte auf Basis unserer Risikoeinschätzung festgelegt:

- Investitionen im Anlagevermögen und korrespondierender Sonderposten
- Entwicklung der Rücklagen
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Forderungen / Verbindlichkeiten mit dem Aufgabenträger
- Verschiedene Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die dargestellten Prüfungsschwerpunkte stellen unter Berücksichtigung der weiteren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse unsere abschließend bestimmten Prüfungsschwerpunkte dar.

Zudem bestimmen wir unter Beachtung des Konzepts der Wesentlichkeit die Strategie und den zeitlichen Ablauf der Prüfung, sodass sich ein strukturierter risikoorientierter Prüfungsplan ergeben hat.

In der **zweiten Phase** haben wir auf Basis unserer vorläufigen Risikoidentifizierung und -beurteilung und der gewonnenen Kenntnisse der Geschäftsprozesse und Systeme gegebenenfalls Funktionsprüfungen durchgeführt, um die Ausgestaltung und Implementierung sowie die Wirksamkeit von relevanten rechnungslegungsbezogenen Kontrollen zu beurteilen.

Unsere Erkenntnisse aus dieser Beurteilung haben wir - soweit Kontrollen als wirksam beurteilt wurden - im weiteren Verlauf bei der Festlegung von Art und Umfang der aussagebezogenen Prüfungshandlungen berücksichtigt, um insgesamt eine hinreichende Prüfungssicherheit zu erlangen.

In der **dritten Phase** haben wir schwerpunktmäßig wesentliche Einzelsachverhalte geprüft und die Ausübung von Bilanzierungswahlrechten und die Nutzung von Ermessensspielräumen beurteilt.

Unter anderem haben wir folgende Prüfungshandlungen vorgenommen:

- Die Forderungen und Verbindlichkeiten sind durch Saldenlisten sowie entsprechende Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Der Nachweis der übrigen Vermögens- und Schuldposten ist durch Bücher, Verträge sowie sonstige Unterlagen und Belege, wie Kassenbücher, Bankbestätigungen und Bankauszüge erfolgt.

- Forderungen/Verbindlichkeiten gegen bzw. gegenüber dem Aufgabenträger wurden anhand von Bestätigungen oder durch alternative Prüfungshandlungen geprüft.

- Die Vollständigkeit der passivierten Rückstellungen analysieren wir auf der Grundlage der während der Prüfung erlangten Kenntnisse und haben zusätzlich die Betriebsleitung sowie leitende Mitarbeiter befragt. Die Ermittlung der Rückstellungsbeträge haben wir anhand der vorgelegten Datengrundlagen und der angewandten Berechnungsmethoden nachvollzogen. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir für unsere Beurteilung der Altersteilzeitrückstellung das versicherungsmathematische Gutachten der p.c.a.k. GmbH, Aßling vom 16. Januar 2025 als Grundlage unserer Urteilsbildung herangezogen.

- Zum Nachweis der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir zum Bilanzstichtag Saldenbestätigungen risikoorientiert nach einer bewussten Auswahl angefordert. Dabei standen Auswahl, Versand und Rücklauf der Salden unter unserer Kontrolle.

- Wir haben von Kreditinstituten, mit denen der Eigenbetrieb im Berichtsjahr in Geschäftsverbindung gestanden hat, Bestätigungen über die Höhe der Salden und über sonstige für die Abschlussprüfung bedeutsame Sachverhalte erhalten.

- Die übrigen Vermögens- und Schuldposten prüfen wir anhand der Sach- und Personenkonten der Buchhaltung nebst Belegen und Inventaren sowie verschiedener von dem Eigenbetrieb erstellter Abschlussunterlagen (u.a. erläuternde Zusammenstellungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses).

- Die Umsatzerlöse wurden hinsichtlich ihres Realisationszeitpunktes geprüft.

- Analytische Prüfungshandlungen (IDW PS 312) haben wir in Form von Vorjahresvergleichen einzelner Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vorgenommen.

- Im Rahmen der Prüfung des Lageberichtes haben wir geprüft, ob insbesondere die Aussagen über den Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage sowie die Angaben zu den bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren mit dem Lagebericht in Einklang stehen. Die zukunftsorientierten Angaben haben wir unter Beachtung der angewandten Methoden, nebst Datenerfassung und -aufbereitung auf Plausibilität geprüft. Die Planung sowie die vorläufigen Auswertungen des Eigenbetriebes betreffend die Geschäftstätigkeit im Jahr 2024/2025 haben uns vorgelegen.

Die Beurteilung unserer Prüfungsergebnisse haben in der **vierten Phase** die Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gebildet, auf deren Basis wir den Bestätigungsvermerk erteilt haben. Dieser ist neben dem Prüfungsbericht Bestandteil unserer Berichterstattung.

Alle von uns erbetenen **Auskünfte und Nachweise** sind uns erteilt worden von:

- Frau Doreen Saupe, Betriebsleiterin

und weiteren Mitarbeiterinnen verschiedener Abteilungen.

Den **Auftrag** haben wir - mit Unterbrechungen - vom 5. September 2025 bis 5. November 2025 durchgeführt.

Die Betriebsleitung hat uns die berufsübliche **Vollständigkeitserklärung** für die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2023 übergeben.

5. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

5.1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

5.1.1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung. Hinsichtlich der weiteren geprüften Unterlagen haben wir festgestellt, dass die aus ihnen entnommenen Informationen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in der Buchführung, dem Jahresabschluss und dem Lagebericht führen.

Die Rechnungslegung wird bei dem Eigenbetrieb unterstützt durch Informationstechnologie. Hierzu verwendet der Eigenbetrieb die Software „pro Doppik“ der H&H Datenverarbeitungs- und Beratungsgesellschaft mbH mit Zertifikat vom TÜV Nord vom 24.6.2024.

Für das Softwaremodul „pro Doppik“ ist am 06.08.2013 eine Systemprüfung in Hinblick auf die Grundsätze DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) von der AIOS GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Berlin durchgeführt worden.

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung festgestellt, dass der Eigenbetrieb im Rechnungswesen und in den rechnungslegungsrelevanten Vorsystemen ein angemessenes internes Kontrollsystem eingerichtet hat und betreibt, um sicherzustellen, dass alle Geschäftsvorfälle vollständig, richtig und zeitnah erfasst und ohne wesentliche Fehler verarbeitet werden. Die von dem Eigenbetrieb getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen sind geeignet, die Sicherheit der verarbeiteten Daten und der IT-Systeme zu gewährleisten.

5.1.2. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen allen für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung.

Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind beachtet worden.

Der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Absatz 1 Nr. 6 HGB ist beachtet worden. Der Stetigkeitsgrundsatz bezieht sich sowohl auf die Ausübung von Ansatz- und Bewertungsmethoden als auch auf die Inanspruchnahme von Ausweiswahlrechten.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung aufgestellt. Im Anhang sind alle erforderlichen Angaben und Erläuterungen vollständig und richtig enthalten.

Der von uns geprüfte und mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2022 ist in der Stadtratssitzung vom 28. Mai 2025 festgestellt worden.

5.1.3. Lagebericht

Der Lagebericht der Betriebsleitung entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und ergänzenden kommunalen Vorschriften nach § 8 EigBVO. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss sowie mit den von uns bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes. Die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt.

5.2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

5.2.1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach Abschluss unserer Prüfungshandlungen stellen wir gemäß § 321 Absatz 2 Satz 3 HGB fest, dass der Jahresabschluss des Eigenbetriebes gemäß § 264 Absatz 2 Satz 1 HGB insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.

Wir haben keine Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen gemäß § 321 Absatz 2 Satz 4 und 5 HGB festgestellt, die die Gesamtaussage des Jahresabschlusses beeinflussen.

5.2.2. Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundsätze sind im Anhang des Eigenbetriebes (Anlage 3) zutreffend dargestellt. Die Bewertungsgrundlagen sind im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert worden. Die Bewertung entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

Darüber hinaus sind keine weiteren Angaben vorzunehmen.

6. Feststellungen zu § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Die im Gesetz und in dem IDW Prüfungsstandard PS 720 geforderten Angaben zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir in einem gesonderten Bericht (Anlage 8) zusammengestellt.

Nach unserer Beurteilung wurden die Geschäfte mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den landesrechtlichen Vorschriften von EigBG und EigBVO LSA und den ergänzenden kommunalen Vorschriften geführt.

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte ergeben, die nach unserer Auffassung Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten. Ferner hat die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben.

7. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

an den

Eigenbetrieb „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa"
der Stadt Dessau-Roßlau
Dessau-Roßlau

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebes „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa" der Stadt Dessau-Roßlau, Dessau-Roßlau - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebes „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa" der Stadt Dessau-Roßlau, Dessau-Roßlau, für das Geschäftsjahr 01. Januar bis 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungs-

nachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Darstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Angaben nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Angaben geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dessau-Roßlau, den 5. November 2025

RTG Revisions- und Treuhand GmbH
Dr. Böhmer und Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Bernhard M. Kinzinger
Wirtschaftsprüfer

Dr. Michael Böhmer
Wirtschaftsprüfer “

Schlussbemerkung und Unterzeichnung des Prüfungsberichtes

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 des **Eigenbetriebes „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa" der Stadt Dessau-Roßlau**, in Dessau-Roßlau erstatten wir in Übereinstimmung mit § 321 HGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf (IDW PS 450 n. F.).

Der Prüfungsbericht wird gem. § 321 Absatz 5 HGB unter Berücksichtigung von § 32 Wirtschaftsprüferordnung wie folgt unterzeichnet.

Dieser Prüfungsbericht wurde im Original digital signiert. Er ist nur gültig mit den zugehörigen digitalen Signaturen.

Dessau-Roßlau, den 5. November 2025

RTG Revisions- und Treuhand GmbH
Dr. Böhmer und Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Bernhard M. Kinzinger
Wirtschaftsprüfer

Dr. Michael Böhmer
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Eigenbetrieb „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa“
der Stadt Dessau-Roßlau
Dessau-Roßlau

Anlage 1

B I L A N Z zum 31. Dezember 2023

A K T I V S E I T E

	31.12.2023		31.12.2022
	EUR	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte		1,00	0
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	32.750.874,81		20.967
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.532.343,84		942
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	148.775,83		7.590
		34.431.994,48	29.499
		34.431.995,48	29.499
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	226.287,74		218
2. Forderungen gegen den Aufgabenträger - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 914.008,49 (i.V. EUR 683.703,84)	1.912.092,17		931
3. Sonstige Vermögensgegenstände	188.744,57		97
		2.327.124,48	1.246
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		2.978.099,25	7.591
		5.305.223,73	8.837
		39.737.219,21	38.336

P A S S I V S E I T E

	31.12.2023		31.12.2022
	EUR	EUR	TEUR
A. Eigenkapital			
I. Kapitalrücklage		1.935.671,50	1.936
II. Gewinnrücklagen			
1. Rücklage für Invesitionen verwendet	33.466,47		70
2. Rücklage für Investitionen noch nicht verwendet	65.122,36		65
3. Zweckgebundene Rücklagen	827.439,23		863
		926.028,06	998
III. Bilanzgewinn		0,00	10
		2.861.699,56	2.944
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		32.044.984,48	27.423
C. Sonderposten für zweckgebundene Spenden		13.269,79	12
D. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		878.659,58	918
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 523.903,82 (i.V. EUR 441.599,67)	523.903,82		442
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Aufgabenträger - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.422.753,79 (i.V. EUR 769.768,76)	1.423.288,67		1.373
3. Sonstige Verbindlichkeiten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 298.812,23 (i.V. EUR 819.980,67) - davon aus Steuern EUR 203.485,58 (i.V. EUR 142.012,47) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 6.296,64 (i.V. EUR 24.252,91)	1.982.316,31		5.223
		3.929.508,80	7.038
F. Passiver Rechnungsabrenzungsposten		9.097,00	1
		39.737.219,21	38.336

Eigenbetrieb „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa“
der Stadt Dessau-Roßlau
Dessau-Roßlau

Anlage 2

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023		2022
	EUR	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		1.882.834,32	1.929
2. Betriebskostenzuschüsse		20.968.994,71	19.398
3. Sonstige betriebliche Erträge		2.055.946,14	1.940
Gesamtleistung		24.907.775,17	23.267
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-16.762.205,05		-15.511
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-3.906.462,82		-3.591
- davon für Altersversorgung EUR 631.852,76 (i.V. EUR 541.118,42)		-20.668.667,87	-19.102
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-634.760,02	-467
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-3.680.280,22	-3.669
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	1
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-5.912,47	-20
- davon aus der Änderung der Abzinsung von Rückstellungen EUR 1.054,00 (i.V. EUR 162,00)			
9. Jahresfehlbetrag (i.V. Jahresüberschuss)		-81.845,41	10
10. Ergebnisvortrag		9.941,49	0
11. Entnahme aus Rücklagen		71.903,92	0
12. Bilanzgewinn		0,00	10

Fassung vom 21.11.2025

A N H A N G

für das Geschäftsjahr 2023

I Angaben zum Jahresabschluss

A. Allgemeines

Der **Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa)** wird seit seiner Gründung zum 01. Juni 2010 als organisatorisch und finanzwirtschaftlich selbstständiges Unternehmen der Stadt Dessau-Roßlau ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt.

Der **Jahresabschluss** für das Wirtschaftsjahr 2023 ist nach den Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, unter Berücksichtigung des Eigenbetriebsgesetzes, der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt und der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagsstätten (DeKiTa) aufgestellt.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese nach den Vorgaben der Eigenbetriebsverordnung in der Bilanz dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist aus Gründen der Transparenz um die Position 2 Betriebskostenzuschüsse erweitert worden.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die entgeltlich erworbenen **Immateriellen Vermögensgegenstände** und **Sachanlagen** sind zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten bewertet und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer nach der linearen Methode abgeschrieben.

Für geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten von über EUR 250,00 bis EUR 1.000,00 wurde ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten wird im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden 4 Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel aufgelöst.

Die Bewertung der **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erfolgt zum Nennwert unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, wurden angemessene pauschalierte Wertabschläge vorgenommen.

Der Bestand an **liquiden Mitteln** wird mit Nominalwerten bewertet.

Die **Sonderposten aus Investitionszuschüssen** und **zweckgebundenen Spenden** werden in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Anlagevermögen gebildet und korrespondierend zu den Abschreibungen aufgelöst.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken sowie ungewisse Verbindlichkeiten. Sie wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Erfüllungsbeträge nach den geltenden Vorschriften gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden grundsätzlich mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Bewertung der **Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen** erfolgte auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens. Bei der Bewertung dieser Verpflichtungen wurde pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, verwendet.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Unter den **Rechnungsabgrenzungsposten** sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen, ausgewiesen.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** ist für das Wirtschaftsjahr 2023 im Anlagenspiegel auf Blatt 4 dargestellt.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** beinhalten mit TEUR 377,0 (Vorjahr TEUR 369,5) Forderungen aus Elternbeiträgen und Mahngebühren/Säumniszuschläge in Höhe von TEUR 27,2 (Vorjahr TEUR 18,7). Für die Forderungen aus Betreuungstätigkeit bestehen zum 31.12.2023 Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 177,9.

Es wurde lt. Betriebssatzung kein **Stammkapital** angesetzt.

Die **Gewinnrücklagen** von TEUR 926,0 betreffen mit TEUR 98,6 (i.V. TEUR 135,5) Investitionsrücklagen sowie mit TEUR 827,4 (i.V. TEUR 862,4) eine zweckgebundene Rücklage mit folgender Entwicklung:

	EUR
Stand 01.01.2023	862.439,23
Entnahme zur Verlustverrechnung (Beschluss vom 19. Juni 2024, Verwendung Jahresergebnis 2021)	- 35.000,00
Stand 31.12.2023	827.439,23

Die **Sonstigen Rückstellungen** betreffen:

	Stand 01.01.2023	Inanspruch-nahme	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Altersteilzeitverpflichtungen	346,5	0,0	0,0	35,9	382,4
Mehrarbeitsstunden	96,9	96,9	0,0	95,8	95,8
Resturlaubsansprüche	198,7	198,7	0,0	168,2	168,2
Impfpflicht Hepatitis	52,9	1,2	40,0	0,0	11,7
Jubiläen	57,5	2,9	21,5	0,0	33,1
Behördliche Auflage	37,5	2,1	0,0	0,0	35,4
Jahresabschlusskosten	55,9	0,0	0,0	33,0	88,9
Drohende Verpflichtungen aus Gerichtsverfahren	27,8	0,0	0,0	0,0	27,8
Sonstige Personalverpflichtungen	23,2	0,0	6,3	10,4	27,3
Rückstellung für Archivierung	8,1	0,0	0,0	0,0	8,1
Instandhaltungsverpflichtungen	12,6	12,5	0,1	0,0	0,0
	917,6	**314,3**	**67,9**	**343,3**	**878,7**

Die bestehenden **Verbindlichkeiten** sind hinsichtlich der Restlaufzeit wie folgt strukturiert.

		Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten	**Gesamtbetrag**	bis 1 Jahr	zwischen 2 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	523,9	523,9	0,0	0,0
2. Verbindlichkeiten gegenüber Aufgabenträger	1.423,3	1.422,8	0,5	0,0
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.982,3	298,8	1.683,5	0,0
	3.929,5	**2.245,5**	**1.684,0**	**0,0**

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Dessau-Roßlau stellen überwiegend eine Teilrückzahlung des erwirtschafteten Jahresüberschusses 2021 sowie die Verpflichtung aus der Abrechnung der Entgeltvorauszahlung und offene Versicherungsbeiträge (Rechnungslegung 2024) dar.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen nicht verwendete Zuschüsse zum Anlagevermögen (vorrangig Baumaßnahmen an Gebäuden), Zahlungsverpflichtungen für Personal sowie noch nicht verbrauchte zweckgebundene Spendenmittel.

Anlagespiegel gemäß § 284 Abs. 3 HGB

	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten					Entwicklung der Abschreibungen				Buchwert	
	Stand 01.01.2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand 31.12.2023 EUR	Stand 01.01.2023 EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2023 EUR	Stand 31.12.2023 EUR	Stand 31.12.2022 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	24.458,34	0,00	0,00	0,00	24.458,34	24.387,92	69,42	0,00	24.457,34	1,00	70,42
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	22.562.004,36	84.899,79	0,00	12.090.619,51	34.737.523,66	1.594.942,52	391.706,33	0,00	1.986.648,85	32.750.874,81	20.967.061,84
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.980.726,28	682.190,79	0,00	151.033,79	2.813.950,86	1.038.622,75	242.984,27	0,00	1.281.607,02	1.532.343,84	942.103,53
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7.589.784,94	4.927.130,41	126.486,22	-12.241.653,30	148.775,83	0,00	0,00	0,00	0,00	148.775,83	7.589.784,94
	32.132.515,58	5.694.220,99	126.486,22	0,00	37.700.250,35	2.633.565,27	634.690,60	0,00	3.268.255,87	34.431.994,48	29.498.950,31
	32.156.973,92	5.694.220,99	126.486,22	0,00	37.724.708,69	2.657.953,19	634.760,02	0,00	3.292.713,21	34.431.995,48	29.499.020,73

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

- Erlöse aus der Erhebung von Elternbeiträgen

	Vorjahr 2022	Berichtsjahr 2023
Kinderkrippe	467,8 TEUR	454,8 TEUR
Kindergarten	901,4 TEUR	832,2 TEUR
Hort	557,6 TEUR	592,3 TEUR
Gesamt	1.926,8 TEUR	1.879,3 TEUR

- Erlöse aus Vermietung und Verpachtung und sonstigen Erlösen TEUR 3,6 (Vorjahr: TEUR 2,1)

Dem Eigenbetrieb wurden **Zuweisungen, Zuschüsse und Zuwendungen** von TEUR 20.969,0 (Vorjahr: TEUR 19.397,8) gewährt. Diese entfallen auf:

Landeszuweisung nach § 12 (2) und § 12 (3) KiFöG	8.309,7 TEUR
Landkreispauschale nach § 12a KiFöG	2.906,7 TEUR
Zuschüsse für lfd. Zwecke der Stadt Dessau-Roßlau	7.249,0 TEUR
Zuweisung gem. § 12b KiFöG (Ausgleich Fehlbetrag)	479,3 TEUR
Zuwendungen von Gemeinden für Geschwisterermäßigung	1.097,6 TEUR
Ermäßigungen gemäß § 90 SGB VIII	567,5 TEUR
Zuschuss Projektfinanzierung „Gesunde Ernährung“	201,0 TEUR
Zuschuss Jugendclub „Platte 15“	158,2 TEUR

Der Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** beinhaltet in Höhe von TEUR 1,1 Aufwendungen für die Abzinsung von langfristigen Rückstellungen.

II Sonstige Angaben

A. Finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus kurz- und mittelfristigen Mietverträgen, die nicht passiviert sind, betragen für 2024 TEUR 278,5 und für die Jahre 2025-2029 TEUR 1.392,5.

B. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Die an den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt monatlich entrichteten Beiträge für Arbeitnehmer, die zu einer rentenähnlichen Auszahlung nach Eintritt in das Rentenalter der Beschäftigten gebracht werden, sind durch gesetzliche Ansprüche gesichert.

C. Abschlussprüferhonorare

Das im Geschäftsjahr 2023 vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 10,5 netto und bezieht sich ausschließlich auf die Abschlussprüfung.

D. Anzahl beschäftigter Mitarbeiter

Die Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer des Eigenbetriebes beläuft sich im Jahresdurchschnitt auf 443 (Vorjahr: 421) Mitarbeiter.

Ist-Personal 2023

Stand zum		**31.03.2023**	**30.06.2023**	**30.09.2023**	**31.12.2023**
Verwaltung	Anzahl	**15**	**18**	**19**	**19**
Päd. Fachkräfte (inkl. Hilfskräfte, Azubis)	Anzahl	**370**	**369**	**376**	**377**
Wirtschaftspersonal	Anzahl	**13**	**13**	**13**	**13**
Hausmeister	Anzahl	**10**	**10**	**10**	**11**
ATZ (Freizeitphase)	Anzahl	**2**	**3**	**3**	**4**
Mutterschutz / Elternzeit	Anzahl	**28**	**26**	**27**	**21**
GESAMT	Mitarbeiter	**438**	**439**	**448**	**445**

E. Organe und Aufwendungen für Organe

Die **Betriebsleitung** wird im Wirtschaftsjahr 2023 durch Frau Doreen Saupe wahrgenommen. Der Ausweis der Bezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Mitglieder des **Betriebsausschusses** im Berichtsjahr sind:

Vorsitzende	Frau Eter Hachmann (seit 01.01.2023) (Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren)
Mitglieder/Stadtrat:	Herr Hofmann, Dr. Jörg, Kinderarzt (seit 07/2019) Herr Kellner, Florian, Konstruktionsmechaniker (seit 07/2019) Herr George, Bastian, Mitarbeiter einer Landtagsabgeordneten (seit 07/2019) Herr Büchner, Chris, Sanitärinstallateur (seit 07/2019) Herr Hoffmann, Frank, Rentner (seit 07/2019) Frau Perl, Gabriele, Sozialarbeiterin (seit 07/2019) Herr Gebhardt, Roland, Pensionär (seit 07/2019) Herr Christoph Kaßner, Niederlassungsleiter (seit 12/2022)
Beschäftigtenvertreterin:	Frau Fiedler, Silvia

Die Aufwandsentschädigung an die Mitglieder des Betriebsausschusses wurde von der Stadt Dessau-Roßlau getragen.

Ergebnisverwendungsvorschlag:

Der Jahresfehlbetrag des Jahres 2023 in Höhe von EUR 81.845,41 ergab sich unter Berücksichtigung einer Fehlbedarfsfinanzierung nach § 12b KiFöG in Höhe von EUR 479.296,06.

Nach Verrechnung des Ergebnisvortrags in Höhe von EUR 9.941,49 sowie unter Berücksichtigung der Entnahmen aus den zweckgebundenen Investitionsrücklagen mit EUR 36.903,92 sowie aus der zweckgebundenen Gewinnrücklage mit EUR 35.000,00 verbleibt der Bilanzgewinn mit EUR 0,00.

F. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind

Nach Abschluss des Wirtschaftsjahres 2023 ergaben sich mehrere Entwicklungen, die die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebs DeKiTa im Jahr 2024 wesentlich beeinflussten. Die demografische Entwicklung führte zu einer Verschiebung im Betreuungsbedarf: Während die Zahl der Kindergartenkinder leicht sank, nahm die Nachfrage nach Hortplätzen zu, was Anpassungen in der Personal- und Finanzplanung erforderlich machte.

Finanziell blieb die Situation durch weiterhin fehlende bzw. verspätete Entgeltvereinbarungen belastet. Für die Kita Raguhner Straße konnte 2024 erstmals eine Vereinbarung abgeschlossen werden, weitere folgten erst Ende 2024 bzw. Anfang 2025.

Personelle Veränderungen im Finanzbereich führten zeitweise zu Verzögerungen in Verwaltungsabläufen, insbesondere bei der Kontenabstimmung und Forderungsbearbeitung.

Dessau-Roßlau, den 22. Oktober 2025

Doreen Saupe
Betriebsleiterin

Lagebericht 2023
Eigenbetrieb DeKiTa
Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten

Gliwicer Straße 1
06842 Dessau-Roßlau

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

I. Grundlagen des Betriebes

Der Eigenbetrieb DeKiTa der Stadt Dessau-Roßlau ist kommunaler Träger von Kindertagesstätten, Horten und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Er erfüllt eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, indem er ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder von der Krippe bis zum Hort bereitstellt. Mit einem Versorgungsanteil von über 50 Prozent trägt DeKiTa maßgeblich dazu bei, dass Familien in der Stadt auf ein verlässliches Netz an Betreuungsmöglichkeiten zurückgreifen können. Damit nimmt der Eigenbetrieb eine gesellschaftlich wie politisch bedeutende Rolle ein, denn eine funktionierende Kindertagesbetreuung ist Grundvoraussetzung für frühkindliche Bildung, Integration und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Berichtsjahr 2023 betrieb der Eigenbetrieb 14 Kindertagesstätten und 8 Hortstandorte. Seit Juli 2016 gehört zudem eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil Roßlau zum Betrieb. Bis Ende 2023 bestand außerdem eine Kooperation mit dem Urbanistischen Bildungswerk zur Betreibung des Spielmobils. Damit übernimmt DeKiTa neben der klassischen Kinderbetreuung auch eine wichtige Funktion in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt.

Die Tätigkeit des Eigenbetriebs basiert auf der Betriebssatzung sowie den Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) und des Kommunalverfassungsgesetzes Sachsen-Anhalt (KVG LSA). Maßgeblich ist zudem das Kinderförderungsgesetz (KiFöG), das die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der Kinderbetreuung regelt.

Die Finanzierung erfolgt überwiegend durch öffentliche Zuschüsse des Landes und der Stadt, ergänzt durch Kostenbeiträge, Fördermittel und projektbezogene Einnahmen. Die Kostenbeiträge decken nur einen Teil der Gesamtkosten. Grundlage hierfür ist die von der Stadt Dessau-Roßlau erlassene Kostenbeitragssatzung. Der Eigenbetrieb ist befugt, Beitragsbescheide zu erlassen, eine Sonderkasse zu führen und die Forderungen bis zur Vollstreckung eigenständig beizutreiben; die Vollstreckung erfolgt durch die Stadtkämmerei.
Die Gemeinnützigkeit des Eigenbetriebs ist in der Satzung verankert und durch das Finanzamt gemäß § 60a Abs. 1 AO bestätigt. Etwaige Überschüsse dürfen nicht ausgeschüttet, sondern müssen zur Verbesserung der Betreuungsangebote und zur nachhaltigen Entwicklung der Einrichtungen verwendet werden. Damit fließen die Mittel unmittelbar in die Förderung von Kindern und Familien zurück.

II. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Das Geschäftsjahr 2023 war von weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Die anhaltend hohe Inflation, steigende Energiepreise sowie die tarifbedingten Lohnanpassungen aus dem Jahr 2022 im öffentlichen Dienst führten zu erheblichen Kostensteigerungen. Besonders im personalintensiven Bereich der Kindertagesbetreuung wirkten sich diese Faktoren deutlich auf die Aufwendungen des Eigenbetriebes aus.
Hinzu kam, dass die Einnahmestruktur im Jahr 2023 durch die nicht zustande gekommenen Entgeltvereinbarungen aus dem Jahr 2022 nachhaltig beeinflusst wurde. Geplante Entgelterhöhungen gegenüber dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe konnten dadurch nicht realisiert werden. Infolgedessen blieb die Entgeltfinanzierung durch die Stadt Dessau-Roßlau deutlich unter dem im Wirtschaftsplan vorgesehenen Niveau.
Zur Deckung des daraus resultierenden Defizits war eine Fehlbedarfsfinanzierung nach § 12b KiFöG erforderlich, um den Jahresfehlbetrag auszugleichen.

Trotz dieser Einschränkungen war die Finanzierung der laufenden Aufwendungen jederzeit gesichert, wenngleich die Liquidität zeitweise angespannt war.

Demografische Entwicklung
Die Stadt Dessau-Roßlau verzeichnete im Jahr 2023 eine rückläufige demografische Entwicklung. Nach einem kurzfristigen Anstieg der Kinderzahlen im Jahr 2022 – infolge der Zuwanderung ukrainischer Familien – setzte sich der langfristige Abwärtstrend im Berichtsjahr fort.

Altersgruppe	2019	2020	2021	2022	2023	2024
unter 3	1.732	1.600	1.643	1.626	1.537	1.477
3 bis unter 6	1.877	1.924	1.860	1.875	1.713	1.704
6 bis unter 10	2.391	2.382	2.426	2.602	2.533	2.517
GESAMT	**6.000**	**5.906**	**5.929**	**6.103**	**5.783**	**5.698**

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistische Berichte „Bevölkerungsstand" Jahre 2019-2024

Die Daten verdeutlichen, dass der demografische Rückgang trotz temporärer Effekte 2022 anhält. Für den Eigenbetrieb ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Kapazitäten und Personalplanung mittelfristig flexibel an die Bedarfsentwicklung anzupassen.

Branchenspezifische Faktoren
Die Tätigkeit des Eigenbetriebs DeKiTa basiert auf den Vorgaben des KiFöG. Insbesondere die dort festgelegten Betreuungsschlüssel bestimmen verbindlich das Verhältnis zwischen pädagogischem Personal und betreuten Kindern. Die Einhaltung dieser Standards erfordert eine hohe Personaldichte und führt bei steigenden Tarifgehältern zu erheblichen finanziellen Mehrbelastungen.
Der anhaltende Fachkräftemangel im Erziehungsbereich bleibt eine der größten strukturellen Herausforderungen. Die Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte bleibt ein zentrales Thema.

Kommunale Rahmenbedingungen
Die Stadt Dessau-Roßlau ist weiterhin von einem allgemeinen Bevölkerungsrückgang betroffen. Um den sich wandelnden Bedarfen zu begegnen, investierte die Stadt gezielt in den Ausbau und die Modernisierung bestehender Kindertageseinrichtungen. Der Eigenbetrieb DeKiTa übernahm die Steuerung und Umsetzung dieser Projekte und leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung in Dessau-Roßlau.

2.2 Geschäftsverlauf und Lage

Im Jahresdurchschnitt 2023 betreute der Eigenbetrieb 2.980 Kinder in seinen Einrichtungen. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan vorgesehenen Wert von 3.018 Kindern lag die tatsächliche Belegung um 38 Kinder (-1,3%) niedriger. Wesentlich war dabei die Verschiebung zwischen den Altersgruppen:

Altersgruppe	Plan 2023 (Kinder)	Ist 2023 (Kinder)	Abweichung (Kinder)
Krippe	584	513	–71
Kindergarten	1.220	1.182	–38
Hort	1.214	1.285	+71
Gesamt	**3.018**	**2.980**	**–38**

Während in Krippe und Kindergarten 109 Kinder weniger betreut wurden als geplant, überstieg die Nachfrage im Hortbereich die Erwartungen deutlich.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

Die durchschnittliche Auslastung der Einrichtungen lag im Berichtsjahr bei 85 % (Vorjahr: 91 %). Der Rückgang erklärt sich sowohl durch leicht sinkende Kinderzahlen als auch durch die Inbetriebnahme zusätzlicher Platzkapazitäten infolge abgeschlossener Bauarbeiten.

Altersgruppe	Kapazität 2022 (Plätze)	Kapazität 2023 (Plätze)	Abweichung (Plätze)
Kita	1.964	2.033	+69
Hort	1.375	1.482	+107
Gesamt	**3.339**	**3.515**	**+176**

Trotz der strukturellen Herausforderungen konnte der Eigenbetrieb den gesetzlichen Betreuungsauftrag uneingeschränkt erfüllen. Der Fachkräftemangel wirkte sich punktuell auf die Auslastung aus, konnte jedoch durch ein flexibles Personaleinsatzmanagement weitgehend kompensiert werden.

Bautätigkeit und Investitionsentwicklung
Ein Schwerpunkt des Geschäftsjahres 2023 lag auf der baulichen Weiterentwicklung und Modernisierung der Betreuungseinrichtungen. Mehrere Großprojekte konnten erfolgreich abgeschlossen oder in Betrieb genommen werden:

- Kita „Bremer Stadtmusikanten“**,** Brauereistraße 10b (Ziebigk)
- Teilanbau Kita „Luisenkinder“, Goltewitzer Straße 5 (Waldersee)
- Neubau Hort „Waldwichtel“, Fliederweg 10 (Roßlau)
- Abschluss der Sanierung der Grundschule Tempelhof, Tempelhofer Straße 52 (baufachliche Begleitung der Gestaltung des Hortbereiches)

Die Investitionen dienten vorrangig der Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze**,** der Verbesserung energetischer Standards sowie der Modernisierung pädagogischer Räume**.** Finanziert wurden die Maßnahmen überwiegend durch Fördermittel von Bund, Land und Stadt.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.3.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage des Eigenbetriebs DeKiTa zeigt für das Geschäftsjahr 2023 eine weiterhin solide Struktur mit deutlichen Verschiebungen innerhalb der Bilanzpositionen. Die Bilanzsumme erhöhte sich auf 39.737,2 TEUR (Vorjahr: 38.336,2 TEUR) und damit um 1.401,0 TEUR bzw. 3,7 %. Ursache sind im Wesentlichen die Aktivierung fertiggestellter Bauvorhaben sowie die planmäßige Reduzierung der liquiden Mittel durch den Abschluss von Investitionsmaßnahmen.

	2022 in TEUR	2023 in TEUR	Veränderung TEUR
Aktiva			
Anlagevermögen	29.499,0	34.432,0	4.933,0
= langfristiges realisierbares Vermögen	**29.499,0**	**34.432,0**	**4.933,0**
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	1.245,8	2.327,1	1.081,3
Kassenbestand, Guthaben bei Banken	7.591,2	2.978,1	-4.613,1
= kurzfristig gebundenes Vermögen	**8.837,0**	**5.305,2**	**-3.531,8**
Passiva			
Eigenkapital	2.943,5	2.861,7	-81,8
Sonderposten	27.434,8	32.058,3	4.623,5
= lang- und mittelfristig zur Verfügung stehendes Kapital	**30.378,3**	**34.920,0**	**4.541,7**
kurzfristige Rückstellungen	917,6	878,6	-39,0
Verbindlichkeiten und PRAP	7.040,1	3.938,6	-3.101,5
= kurzfristige Schulden	**7.957,7**	**4.817,2**	**-3.140,5**
Bilanzsumme	**38.336,0**	**39.737,2**	**1.401,2**

Analyse der Vermögensentwicklung
Das Anlagevermögen stieg deutlich um 4.933,0 TEUR auf 34.432,0 TEUR. Diese Zunahme resultiert aus der Aktivierung mehrerer großer Bauvorhaben, darunter die Kitas „Bremer Stadtmusikanten“ und „Luisenkinder“ sowie der Hort „Waldwichtel“. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich damit auf 86,6 % (Vorjahr: 76,9 %).

Das kurzfristig gebundene Vermögen verringerte sich infolge der Finanzierung der Bauvorhaben. Die liquiden Mittel sanken um 4.613,1 TEUR auf 2.978,1 TEUR, während die Forderungen um 1.081,3 TEUR auf 2.327,1 TEUR gestiegen sind. Diese Zunahme betrifft insbesondere Forderungen gegen die Stadt Dessau-Roßlau aus noch nicht vereinnahmten Betriebskostenzuschüssen und der beantragten Fehlbedarfsfinanzierung nach § 12b KiFöG.

Analyse der Kapitalstruktur
Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um den Jahresfehlbetrag von 81,8 TEUR gemindert. Die Sonderposten stiegen dagegen deutlich um 4.623,5 TEUR auf 32.058,3 TEUR, was auf die zweckgebundene Zuführung von Investitionszuschüssen zurückzuführen ist.

Die Verbindlichkeiten reduzierten sich um 3.101,5 TEUR auf 3.938,6 TEUR, da nicht verbrauchte Zuschüsse aus den Vorjahren bestimmungsgemäß verwendet und Schlussrechnungen beglichen wurden. Die Rückstellungen sanken leicht um 39,0 TEUR**,** was im Wesentlichen auf die Auflösung von Personalrückstellungen (–67,9 TEUR) bei gleichzeitiger Zuführung von 343,3 TEUR und einer Inanspruchnahme von 314,3 TEUR zurückzuführen ist.

2.3.2 Finanzlage

Die Finanzlage war im Jahr 2023 durch den Abbau von liquiden Mitteln geprägt. Die flüssigen Mittel sanken gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 2.978,1 TEUR (Vorjahr: 7.591,2 TEUR). Der Mittelabfluss resultierte im Wesentlichen aus der Begleichung offener Schlussrechnungen für abgeschlossene Bauprojekte und der Mittelverwendung aus Investitionszuschüssen. Die Tatsache, dass die Entgeltvereinbarung für 2022 nicht zustande gekommen war, wirkte sich auch im Berichtsjahr negativ auf den Liquiditätsverlauf aus. Dadurch war eine besonders intensive Liquiditätssteuerung erforderlich, um die Zahlungsfähigkeit jederzeit sicherzustellen.

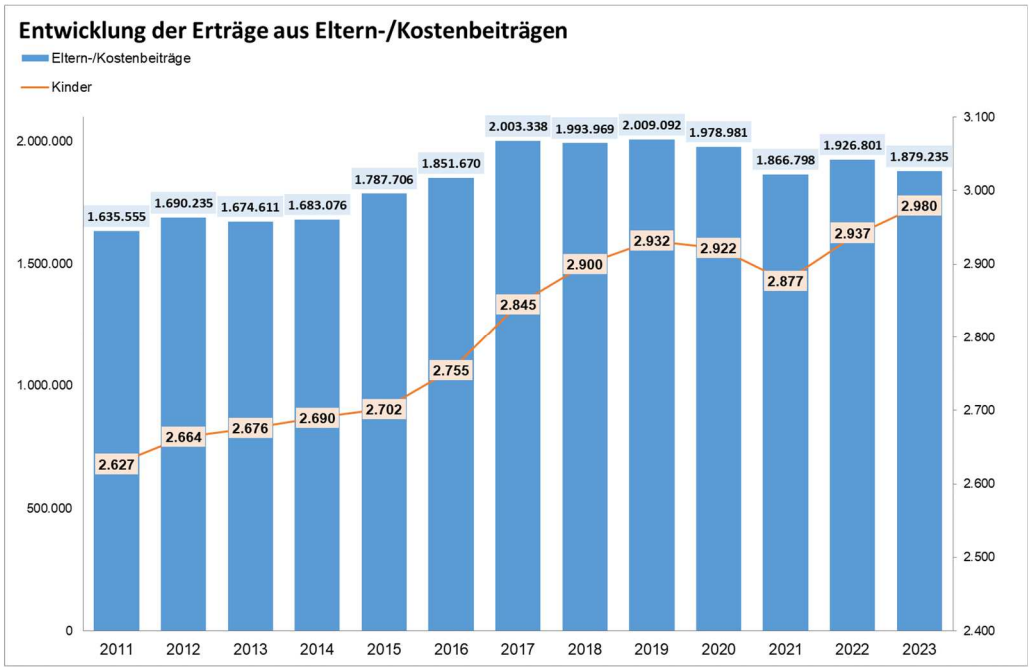
Es wird ergänzend auf die Kapitalflussrechnung verwiesen.

2.3.3 Wirtschaftliches Ergebnis und Ertragslage

Trotz der positiven Entwicklung im Bereich der Infrastruktur und der planmäßigen Mittelverwendung schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem vorläufigen Jahresfehlbetrag von -561,1 TEUR ab.
Die Ursache lag im Wesentlichen in den im Jahr 2022 nicht zustande gekommenen Entgeltvereinbarungen, wodurch geringere Einnahmen aus der Defizitfinanzierung erzielt wurden.
Nach § 12 b KiFöG ist ein Fehlbetrag aus der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen auszugleichen. Der Anspruch auf Verlustausgleich ist unter Berücksichtigung des Ergebnisvortrags und der beschlossenen Verwendung der Rücklagen ermittelt worden.

Umsatzerlöse
Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf 1.882,8 TEUR und lagen damit um 73,5 TEUR unter dem Planwert. Hauptbestandteile der Umsatzerlöse waren die Kostenbeiträge der Eltern, ergänzt durch Verwaltungsgebühren, Erträge aus dem Verkauf von Speisen und Getränken im Jugendklub, Mieterträge sowie geringfügige Nachzahlungen.
Trotz der leichten Mindererlöse blieben die Umsätze insgesamt stabil und spiegeln die anhaltend hohe Nachfrage nach Betreuungsangeboten in der Stadt Dessau-Roßlau wider. Der Rückgang der Auslastung auf 85% (Vorjahr: 91%) resultierte im Wesentlichen aus den in den letzten Jahren erfolgten Kapazitätserweiterungen sowie temporären Einschränkungen durch Bau- und Sanierungsmaßnahmen.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau



Betriebskostenzuschüsse

Die Betriebskostenzuschüsse stellen mit 20.969,0 TEUR den größten Anteil an den Gesamterträgen dar.

Ergebniswirksame Zuschüsse der öffentlichen Hand	*2022 (TEUR)*	*2023 (TEUR)*	*Veränderung (TEUR)*
Landeszuweisung nach § 12 Abs. 2 KiFöG	7.762,0	8.309,7	+547,7
Zuweisung der Stadt (Landkreispauschale)	2.694,3	2.906,7	+212,4
Entgeltvereinbarungen	6.416,0	7.249,0	+833,0
Ausgleich Fehlbedarf Stadt Dessau-Roßlau	0,0	479,3	+479,3
Zuwendungen Geschwisterermäßigung	1.103,9	1.097,6	–6,3
Ermäßigungen gem. § 90 SGB VIII	565,7	567,5	+1,8
Projekt „Gesunde Ernährung“	235,7	201,0	–34,7
Projekt „Ganztagsbetreuung“	482,8	0,0	–482,8
Jugendklub	136,9	158,2	+21,3
Sonstiges	0,5	0,0	-0,5
Summe	**19.397,8**	**20.969,0**	**1.571,2**

Die Zuweisungen von Land und Kommune erhöhten sich deutlich, insbesondere die Landespauschalen nach § 12 KiFöG wirkten stabilisierend. Der Wegfall der Projektfinanzierung „Ganztagsbetreuung“ führte dagegen zu Mindererträgen. Insgesamt konnte die gestiegene Landesförderung den Rückgang anderer Fördermittel teilweise ausgleichen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 2.055,9 TEUR (Plan: 1.398,8 TEUR) und lagen deutlich über dem geplanten Wert. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus höheren Kostenerstattungen, der Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten sowie projektbezogenen Zuschüssen.

Aufwendungen und Kostenstruktur

Die Aufwendungen des Eigenbetriebs beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 insgesamt auf 24.989,6 TEUR (Vorjahr: 23.258,2 TEUR) und lagen damit deutlich (1.731,4 TEUR) über dem Vorjahresniveau.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus tariflichen Personalkostensteigerungen, gestiegenen Sach- und Energiekosten sowie der Inbetriebnahme neu fertiggestellter Einrichtungen.

Personalkosten
Mit 20.668,7 TEUR beziehungsweise 83 % der Gesamtaufwendungen (Vorjahr: 19.102,2 TEUR / 82%) stellen die Personalkosten weiterhin den mit Abstand größten Kostenblock dar. Die Zunahme um 1.530,4 TEUR ist im Wesentlichen auf die im öffentlichen Dienst im Jahr 2022 bzw. ganzjährig im Jahr 2023 wirksam gewordenen Tarifsteigerungen und dem Inflationsausgleich 2022/2023 zurückzuführen.

Statistik Personalaufwand gem. § 8 EigBVO, Nr. 7

	2022	**2023**
Anzahl Beschäftigte (per 31.12.)	427	445
Aufwendungen für Beschäftigte	15.133.572	16.701.307
Aufwendungen für ATZ	208.602	35.892
Kosten für sonstige Beschäftigte	32.870	57.643
Beiträge zur Versorgungskasse für Beschäftigte	541.118	631.853
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung aus Aufwendungen für Arbeitnehmer	3.049.511	3.274.610
Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub	112.918	-30.488
Kosten für Rückstellungen für Jubiläum	57.540	-5.102
Aufwendung Rückstellung Überstunden	-57.129	-1.095
Rückstellungen aus sonstigen Personalverpflichtungen	23.203	4.048
	19.102.205	**20.668.668**

Aufwendungen für Personaldienstleistungen
Zur Sicherstellung des Betreuungsbetriebs in Zeiten von Personalausfällen und offenen Stellen wurden externe Dienstleistungen in Anspruch genommen. Diese Aufwendungen beliefen sich auf 273,1 TEUR (Vorjahr: 374,3 TEUR) und sanken damit um 101,2 TEUR. Die Verringerung resultiert aus einer verstärkten internen Personalsteuerung und einer geringeren Inanspruchnahme von Fremdkräften.

Zusätzlicher Wirtschaftsdienst
Die Aufwendungen für den Wirtschaftsdienst erhöhten sich auf 518,5 TEUR (Vorjahr: 314,1 TEUR). Der Anstieg steht im Zusammenhang mit einem weiteren Rückgang der fest angestellten Wirtschaftskräfte und dem dadurch erforderlichen Einsatz externer Reinigungs- und Hauswirtschaftsdienstleister.

Verwaltungs- und Personalnebenkosten
Die Aufwendungen für Verwaltung und Personalnebenkosten beliefen sich auf 1.311,5 TEUR (Vorjahr: 1.304,1 TEUR) und erhöhten sich damit nur geringfügig um 7,4 TEUR. Insgesamt blieben die Verwaltungsausgaben unter dem Planwert (–283,1 TEUR), was auf unbesetzte Planstellen zurückzuführen ist.

Betriebskosten
Die laufenden Betriebs- und Sachkosten beliefen sich auf 2.367,6 TEUR (Vorjahr: 1.923,4 TEUR) und stiegen damit um 23,1 Prozent. Ursächlich waren vor allem höhere Energie- und Bewirtschaftungskosten infolge der allgemeinen Preisentwicklung sowie Mehraufwendungen für Reinigung, Wäscheservice, Wartung und Instandhaltung nach Inbetriebnahme neuer Gebäude.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

Sonstige betriebliche Aufwendungen
Die übrigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 771,4 TEUR (Vorjahr: 664,3 TEUR). Sie lagen damit im Rahmen der Erwartungen. Die Entwicklung wurde im Wesentlichen durch eine einmalige Auflösung nicht realisierter Planungskosten für die ursprünglich vorgesehene Kita „Mildenseer Spielbude“ beeinflusst.

Versicherung
Die Versicherungsaufwendungen erhöhten sich wegen gestiegener Betreuungszahlen um 14,9 TEUR auf 199,5 TEUR.

Gegenüberstellung Wirtschaftsplan / Ergebnis 2023

Der Wirtschaftsplan 2023 war auf einen ausgeglichenen Jahresabschluss ausgelegt. Die Planwerte laut Erfolgsplan beliefen sich auf Gesamterträge und Gesamtaufwendungen von 25.219,4 TEUR. Im Vergleich dazu weist der Jahresabschluss 2023 Gesamterträge und Gesamtaufwendungen von jeweils 24.989,6 TEUR aus.

Das Geschäftsjahr 2023 war geprägt von den nachhaltigen Auswirkungen der im Jahr 2022 nicht zustande gekommenen Entgeltvereinbarungen, die zu geringeren Einnahmen aus der Entgeltfinanzierung führten. Dieser Ausfall wurde im laufenden Jahr nur teilweise durch höhere Landeszuweisungen und Kostenerstattungen kompensiert und wirkte sich entsprechend dämpfend auf die Ertragslage aus.
Im Vergleich zum Wirtschaftsplan zeigen die Ergebnisse jedoch insgesamt ein wirtschaftlich geordnetes und ausgeglichenes Bild. Trotz geringerer Umsatzerlöse (-73,5 TEUR) und reduzierter Betriebskostenzuschüsse (-673,5 TEUR) konnte der Eigenbetrieb durch höhere sonstige betriebliche Erträge (+517,2 TEUR) und geringere Personalaufwendungen (-996,2 TEUR) eine stabile Ertragslage erzielen.
Die Mehrkosten bei Betriebskosten (+646,8 TEUR) und Abschreibungen (+223,6 TEUR) resultierten überwiegend aus der Inbetriebnahme neuer Einrichtungen und aus allgemeinen Preissteigerungen im Energie- und Sachkostenbereich.

Unter Berücksichtigung von Entnahmen aus Rücklagen von 71,9 TEUR sowie Verwendung des Ergebnisvortrags von 9,9 TEUR wird eine Fehlbedarfsfinanzierung nach § 12b KiFöG in Höhe von 479,3 TEUR erforderlich.

Trotz der angespannten finanziellen Rahmenbedingungen war die Finanzierung des laufenden Betriebs jederzeit gesichert. Die Liquidität verringerte sich planmäßig infolge der Abwicklung größerer Investitionsvorhaben und blieb dabei stets ausreichend, um die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Insgesamt bestätigt das Jahresergebnis 2023 die solide wirtschaftliche Steuerung des Eigenbetriebs DeKiTa.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

Bezeichnung	WP 2023 in EUR	IST 2023 in EUR	in EUR
Umsatzerlöse	**1.956.300**	**1.882.834**	**-73.466**
Eltern-/Kostenbeiträge	1.951.300	1.879.235	-72.065
Mieten Dritter / Sonstige Erlöse	5.000	3.599	-1.401
Betriebskostenzuschüsse	**21.864.300**	**21.108.909**	**-755.391**
Landespauschale gern § 12 Abs. 2 KiFöG LSA	7.632.200	8.309.709	677.509
Ergebnis der Entgeltverhandlungen	8.553.300	7.249.012	-1.304.289
Zuschuss des örtlichen Trägers der Jugendhilfe	2.614.800	2.906.669	291.869
Geschwisterermäßigung	1.080.200	1.097.569	17.369
Ermäßigung § 90 SGB VIII nach § 3 Abs. 2 KB-Satzung	665.600	567.460	-98.140
Ausgleich Fehlbedarf Stadt Dessau-Roßlau	0	479.296	479.296
Zuschuss für die Betreuung "ukrainischer Kinder"	714.200	0	-714.200
Zuschuss für "gesunde Ernährung"	359.400	201.035	-158.365
Zuschuss Ganztagsbetreuung - nicht investiv	0	0	0
Zuschuss zur Bewirtschaftung des Jugendklubs	155.800	158.245	2.445
Zuschuss für Bewirtschaftung Spielmobil	88.800	95.293	6.493
Erlöse aus Vorjahren	0	44.622	44.622
sonstige betriebliche Erträge	**1.398.800**	**1.916.032**	**517.232**
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0	67.942	67.942
Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Spenden	411.200	714.150	302.950
Erträge aus Kostenerstattungen	667.600	833.953	166.353
Zuschuss "Sprach-Kita" / Sprachförderkräfte	107.500	188.766	81.266
Zuschuss "Sprach-Kita" / Digitalisierungszuschuss	0	0	0
Zuschuss Azubis Stadt	248.100	248.100	0
Fachkräfteoffensive / Azubis 2019-2023	80.000	242.040	162.040
Entschädigung Infektionsschutzgesetz	0	0	0
Zuschuss Teilhabechancengesetz § 16 i SGB II	37.000	36.645	-355
Vergütungsvereinbarung Sozialagentur integrative Plätze	125.000	117.384	-7.616
sonstige Kostenerstattungen	70.000	1.018	-68.982
Übrige Erträge	*320.000*	*299.987*	*-20.013*
Personalaufwand	**20.686.000**	**19.689.827**	**-996.173**
Löhne und Gehälter	16.564.500	15.920.982	-643.518
Sozialabgaben	3.362.500	3.118.233	-244.267
sonstige Personalaufwand (ZVK-Anteil)	759.000	650.613	-108.387
Abschreibungen	**411.200**	**634.760**	**223.560**
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**4.122.200**	**4.659.121**	**536.921**
Betriebskosten	1.720.800	2.367.588	646.788
Verwaltungs- und Personalnebenkosten	1.594.600	1.311.466	-283.134
Versicherung	142.500	199.488	56.988
Wertberichtigungen auf Forderungen / Forderungsverluste	0	9.187	9.187
übrige Aufwendungen	664.300	771.391	107.091
FINANZERGEBNIS	**0**	**5.912**	**5.912**
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	5.912	5.912
Jahresgewinn/Jahresverlust	**0**	**-81.845**	**-81.845**

Teilweise ergibt sich eine abweichende Gliederung des Wirtschaftsplans (WP) von der Gewinn- und Verlustrechnung.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

2.3.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die finanziellen Leistungsindikatoren des Eigenbetriebs DeKiTa zeigen für das Geschäftsjahr 2023 eine insgesamt stabile, wenngleich strukturell angespannten Entwicklung:

		2022	2023
Erweiterte Eigenkapitalquote (Eigenkapital (inkl. Sonderposten) : Gesamtkapital)	%	79,2	87,9
Anlagenintensität (Anlagevermögen : Gesamtkapital)	%	76,9	86,6
Verschuldungsgrad (Fremdkapital : Gesamtkapital)	%	20,8	12,1
Eigenkapitalrendite (Jahresüberschuss : Eigenkapital)	%	0,3	0,0
Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern (EBIT)	TEUR	27,7	-75,9
Ergebnis vor Zinsen, Ertragsteuern und eigenmittelfinanzierten Abschreibungen (EBITDA)	TEUR	44,7	-48,7
Cashflow (vereinfacht)	TEUR	26,7	-161,1

Die erweiterte Eigenkapitalquote von 87,9 % verdeutlicht die solide Kapitalbasis des Eigenbetriebs, die maßgeblich durch zweckgebundene Zuschüsse und Sonderposten geprägt ist.

Die Anlagenintensität stieg auf 86,6 %, was die fortgesetzte Konzentration auf Investitionen in die Infrastruktur der Kindertageseinrichtungen widerspiegelt. Das Anlagevermögen wurde insbesondere durch die Aktivierung der neu errichteten Einrichtungen „Bremer Stadtmusikanten“, „Farbkleckse“ und „Waldwichtel“ ausgeweitet.
Der Verschuldungsgrad sank auf 12,1 % und dokumentiert den Abbau kurzfristiger Verbindlichkeiten infolge der Begleichung von Schlussrechnungen und der bestimmungsgemäßen Verwendung zweckgebundener Mittel.
Die Ertragslage blieb strukturell schwach. Der rechnerische Jahresfehlbetrag in Höhe von 561,1 TEUR wurde durch eine Fehlbedarfsfinanzierung nach § 12b KiFöG in Höhe von 479,3 TEUR ausgeglichen.

nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die nicht finanziellen Leistungsindikatoren des Eigenbetriebs – insbesondere die Betreuungsquote, die Personalstruktur sowie die pädagogische Qualität – blieben auf einem hohen Niveau. Trotz des anhaltenden Fachkräftemangels konnte der gesetzliche Betreuungsanspruch uneingeschränkt erfüllt werden. Maßnahmen zur Personalbindung und -entwicklung sowie zur Modernisierung der Einrichtungen wirkten stabilisierend auf die Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebs.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

2.3.5 Übrige Angaben nach Eigenbetriebsverordnung

Die Entwicklung der Rückstellungen (§ 8 Nr. 4 EigBVO) zeigt folgendes Bild:

Stand 01.01.2023	Inanspruch-nahme	Auflösung	Zuführung	Verände-rung Aufzinsung	Stand 31.12.2023
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
917,6	314,3	67,9	343,3	-1,1	878,7

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt (§ 8 Nr. 8 EigBVO) beziehen sich auf die Finanzierungsvereinbarungen und den Dienstleistungsvertrag Stadt zur datentechnischen Betreuung und Gehaltsabrechnung des Eigenbetriebes und werden in den laufenden Sachkosten der Verwaltung abgebildet.

III. Chancen- und Risikobericht

Der Eigenbetrieb DeKiTa blickt trotz der herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf eine grundsätzlich stabile Ausgangslage. Die durchgeführten Investitionen der letzten Jahre, insbesondere im Ausbau und in der Modernisierung der Einrichtungen, haben die strukturelle Basis deutlich gestärkt. Auch für die kommenden Jahre bestehen Entwicklungspotenziale, vor allem in der qualitativen Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit, der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse sowie in der Effizienzsteigerung betrieblicher Abläufe.

Entwicklungschancen
Die fortgesetzte Modernisierung und Erweiterung der Betreuungsangebote trägt zur langfristigen Sicherung der Versorgung bei und stärkt die Attraktivität des Eigenbetriebs als kommunaler Träger. Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt und des Bundes, insbesondere im Rahmen der Fachkräfteoffensive, unterstützen sowohl Personalentwicklungs- als auch Digitalisierungsmaßnahmen. Damit ergeben sich Chancen, die Qualität der pädagogischen Arbeit weiter zu verbessern und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden nachhaltig zu gestalten.
Die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und die Einführung digitaler Kommunikationstools schaffen zusätzliche Möglichkeiten, die Effizienz zu steigern und die Elternarbeit zu erleichtern. Zudem können durch Kooperationen mit externen Partnern neue pädagogische und organisatorische Impulse gesetzt werden.

Risiken und Herausforderungen
Trotz der insgesamt soliden Ausgangslage bestehen weiterhin erhebliche Risiken, die eng mit den strukturellen Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung verbunden sind.

Das größte Risiko liegt im anhaltenden Fachkräftemangel, der die personelle Besetzung in den Einrichtungen zunehmend erschwert und die Umsetzung pädagogischer Qualitätsstandards gefährden kann. Steigende Belastungen und eingeschränkte Personalreserven erhöhen die Fluktuation und führen zu einem zusätzlichen organisatorischen Aufwand.
Finanzielle Risiken ergeben sich aus den fortdauernden Kostensteigerungen für Personal, Energie, Bewirtschaftung und Versicherungen. Diese Mehraufwendungen können nur teilweise durch Anpassungen der Zuschüsse oder Kostenbeiträge kompensiert werden. Regulatorische Veränderungen, etwa bei Personalquoten, Qualitätsanforderungen oder Datenschutzbestimmungen, können zusätzliche finanzielle und organisatorische Belastungen verursachen.

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2023
Eigenbetrieb DeKiTa – Stadt Dessau-Roßlau

Ein wesentliches Risiko liegt zudem in der Finanzierungssystematik: Die 2022 nicht zustande gekommenen Entgeltvereinbarungen wirkten sich auch 2024 weiterhin auf die Ertrags- und Liquiditätslage aus. Erst mit dem Abschluss neuer Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen ab Dezember 2024 wird eine strukturelle Stabilisierung der Einnahmesituation erwartet.
Demografische Entwicklungen stellen ein weiteres Risiko dar: In einigen Stadtteilen ist ein Rückgang der Kinderzahlen absehbar, was langfristig zu einer geringeren Auslastung einzelner Einrichtungen führen kann. Gleichzeitig entstehen in anderen Bereichen erhöhte Betreuungsbedarfe, die eine flexible Anpassung der Kapazitäten erforderlich machen.

Finanzwirtschaftliche Situation und Liquidität
Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Geschäftsjahr 2024 derart angespannt, sodass ein Liquiditätszuschuss durch die Stadt im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung geleistet wurde.

Leistungswirtschaftliche Risiken
Die leistungswirtschaftlichen Risiken ergeben sich vor allem aus der angespannten Personalsituation und steigenden Anforderungen im pädagogischen Bereich. Hohe Gruppenstärken, zunehmende Betreuungsanforderungen und die steigende Zahl von Kindern mit Förderbedarf belasten das Personal und können die Betreuungsqualität beeinträchtigen. Der Eigenbetrieb begegnet diesen Herausforderungen durch gezielte Personalentwicklungsprogramme, Kooperationen mit Fachschulen und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung.

Gesamtbewertung der Chancen und Risiken
Mittel- bis langfristig sind Maßnahmen zur strukturellen Weiterentwicklung der Finanzierungsmechanismen, zur Entlastung des Personals und zur Digitalisierung der Verwaltungsprozesse erforderlich. Die konsequente Nutzung von Fördermitteln, die enge Zusammenarbeit mit der Stadt Dessau-Roßlau und die stetige Qualitätsentwicklung bilden die Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche und fachliche Stabilität des Eigenbetriebs.

IV. Prognosebericht
Für das Geschäftsjahr 2024 rechnet der Eigenbetrieb mit einer weiterhin hohen Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Es wird ein vorläufiges Jahresergebnis von rund –1.904,9 TEUR erwartet. Hauptursache sind die steigenden Personal-, Energie- und Bewirtschaftungskosten bei gleichzeitig nur moderat anpassbaren Zuschüssen und Entgelten. Erst ab Dezember 2024 gelang es, Entgeltfortschreibungen durchzusetzen, um die steigenden Kosten zu kompensieren. Im Februar 2025 erfolgte eine erneute Anpassung der Entgelte aufgrund der tariflichen Entwicklungen. Angesichts der ab Dezember 2024 angepassten Entgelte wird für das Geschäftsjahr 2025 ein deutlich geringeres Defizit erwartet.

Nach § 12 b KiFöG ist ein Fehlbetrag aus der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen durch den Aufgabenträger auszugleichen.

Dessau-Roßlau, den 22. Oktober 2025

Doreen Saupe
Betriebsleiterin

Wirtschaftliche Verhältnisse

Das Unternehmen hat einerseits Investitionen und andererseits Abschreibungen und Abgänge im Anlagevermögen in folgender Höhe vorgenommen:

	Investitionen	Abschreibungen	Abgänge	Gesamtveränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
2020	3.822	316	57	3.449
2021	4.316	357	0	3.959
2022	6.326	467	0	5.859
2023	5.694	635	126	4.933

Der Personalstand gliedert sich zum 31. Dezember wie folgt:

	Angestellte
2020	405
2021	403
2022	427
2023	445

Der Eigenbetrieb ist organisatorisch in die Betriebsabteilungen Verwaltung und Vertrieb sowie Projekte und in fünf (i.V. vier) Betriebszweige gegliedert. Die Ergebnisse der Betriebsabteilungen und der Betriebszweige sind in Anlage 9 durch den Eigenbetrieb dargestellt worden.

Das Leistungsangebot des Eigenbetriebs erstreckt sich auf die folgenden Einrichtungen:

Kindertagesstätten

Bremer Stadtmusikanten, Brauereistraße 10b
Fuchs und Elster, Prof.-Richard-Paulick-Ring 42
Kinderland, Südstraße 1c-d
Märchenland, Am Plattenwerk 15
Nesthäkchen, Ballenstedter Straße 22/23
Pusteblume, Hauptstraße 200
Rasselbande, Flössergasse 5/7
Sausewind, Wolfgartenstraße 1a
Spatzennest, Kastanienweg 10
Spielhaus, Pappelgrund 53/54
Luisenkinder, Goltewitzer Str. 5
Am Georgengarten, Essener Straße 43
Spielbude, Pötnitz 1
Farbkleckse, Raguhner Straße 39

Horte

Hort „Am Akazienwäldchen“, Mariannenstraße 12
Hort „Am Kornhaus“, Elballee 24
Hort „Am Luisium“, Wilhelm-Feuerherdt Straße 7
Hort „Friedi“, Friederikenstraße 23
Hort „Kreuzbergstraße“, Werner-Seelenbinder-Ring 57
Hort „Pusteblume“, Hauptstraße 200
Hort „Tempelhof“, Tempelhofer Straße 52
Hort „Waldwichtel“, Fliederweg 10

Jugendclub

Werftstraße 4

Spielmobil

im gesamten Stadtgebiet unterwegs

Gemäß § 12 KiFöG gewährt das Land den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe eine Zuweisung für jedes betreute Kind auf Grundlage der Statistiken zur Kindertagesbetreuung zum 1. März des Vorjahres. Die monatlichen Zuweisungen pro Kind betragen:

	ab 01.01.2023
	EUR
Kinder unter 3 Jahren	522,02
Kinder von 3 Jahren bis zur Schulpflicht	237,22
Schulkinder	88,13

Nach § 12a KiFöG gewähren die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe über die Zuwendungen des Landes nach § 12 KiFöG hinaus aus eigenen Mitteln folgende Zuschüsse:

	ab 01.01.2023
	EUR
Kinder unter 3 Jahren	145,94
Kinder von 3 Jahren bis zur Schulpflicht	86,31
Schulkinder	39,66

Die Zuweisungen sind jährlich an die Jahrespersonalkosten einer pädagogischen Fachkraft nach TVöD SuE Tarif anzupassen. Die Höhe der monatlichen pauschalen Zuweisungen werden durch Verordnung jährlich neu festgesetzt.

Soweit der Finanzierungsbedarf eines in Anspruch genommenen Platzes in einer Tageseinrichtung nicht vom Land und dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gedeckt wird, hat die Gemeinde, in deren Gebiet das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, nach § 12b KiFöG den verbleibenden Finanzbedarf zu tragen.

Zwischen der Stadt Dessau-Roßlau, hier dem Jugendamt als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe, und dem Eigenbetrieb DeKiTa ist für jede einzelne Einrichtung eine Leistungsentgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung gemäß § 11a KiFöG getroffen, in denen u. a. Monatspauschalen pro Kind unterteilt nach vereinbarten Betreuungsstunden in den Kinderkrippen, Kindergärten und Horten definiert sind.

Die Prüfung der Versicherungen ist nicht Gegenstand unseres Auftrages.

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

1. Name	Eigenbetrieb „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten – DeKiTa"
2. Sitz	Gliwitzerstraße 1 06842 Dessau-Roßlau
3. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr, gleichzeitig Haushaltsjahr der Stadt Dessau-Roßlau
4. Unternehmensgegenstand	Betrieb und Bewirtschaftung von Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau, einschließlich deren Errichtung, Sanierung und Bauunterhaltung.
5. Stammkapital	Gemäß § 12 Abs. 2 EigBG LSA wird von der Festsetzung des Stammkapitals abgesehen.
6. Betriebssatzung	Mit Stadtratsbeschluss vom 16. September 2020 wurde die Betriebssatzung des Eigenbetriebes mit Wirkung zum 28. November 2020 beschlossen. Diese ersetzt die am 25. Mai 2016 und mit Wirkung zum 26. Juni 2016 vom Stadtrat beschlossene Betriebssatzung.
7. Satzung zu Kostenbeiträgen	Satzung zur Festlegung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Dessau-Roßlau; Fassung vom 8. Juli 2020. Die Satzung wurde im Amtsblatt für die Stadt Dessau-Roßlau vom 28. August 2020 veröffentlicht und trat zum 1. Januar 2020 in Kraft.

8. Nutzungssatzung	Satzung über die Nutzung der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau; Fassung vom 12. Juli 2013. Die Satzung wurde im Amtsblatt für die Stadt Dessau-Roßlau vom 27. Juli 2013 veröffentlicht und ist zum 1. August 2013 in Kraft getreten.
9. Organe	Die Organe des Eigenbetriebs bilden der Stadtrat, Betriebsausschuss sowie die Betriebsleitung. Zur Zusammensetzung verweisen wir auf die Angabe im Anhang.
10. Sitzungen des Betriebsausschusses und des Stadtrates	Sitzungen Betriebsausschuss im Jahr 2023: 28. Februar 2023, 31. Mai 2023, 27. Juni 2023, 13. September 2023 Sitzungen Stadtrat im Jahr 2023, in denen Beschlüsse des Eigenbetriebs DeKiTa behandelt wurden: 26. April 2023 „Grundsatzbeschluss zur Umgestaltung der Kindertagesstätte "Bussi Bär" - Kühnauer Straße 75 als Ausweicheinrichtung, Grundsatzbeschluss zum Ersatzneubau der Kindertagesstätten „Mildenseer Spielbude“ und „Kleutscher Spatzennest“ 05. Juli 2023 „Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa)“
11. Gemeinnützigkeit	Die Gemeinnützigkeit ist in der Satzung des Eigenbetriebs verankert und durch das Finanzamt Dessau-Roßlau gemäß § 60a Abs. 1 AO bestätigt. Steuererklärungen sind nicht abzugeben.
12. Betriebsfinanzamt	Finanzamt Dessau-Roßlau, Steuer-Nr. 114/149/00684 Die Steuernummer wird für Zwecke der Lohnsteueranmeldungen verwendet.

13. Wichtige Verträge

- Im Einzelnen nicht Gegenstand unserer Prüfungen -

Nach der uns erteilten Auskunft sind folgende wichtige Verträge zu benennen:

- Mietvertrag Horteinrichtungen mit dem Amt für Schule und Sport der Stadt Dessau-Roßlau vom 14. Februar 2013, Anpassung Hort Friederikenstraße vom 25. Februar 2016,
- Vereinbarung zur Bereitstellung von IT-Diensten und Telekommunikationsdiensten für den kommunalen Eigenbetrieb durch die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau vom 21. Dezember 2010 und die Vertragsanpassung vom 16. Juni 2014,
- Vereinbarung zur Durchführung der Gehaltsabrechnung durch die Stadt Dessau-Roßlau vom 8. März 2016, Vertragsanpassung aus 2022
- Vertrag über die Speisenanlieferung mit dem Unternehmen RWS Cateringservice GmbH, Leipzig, vom 14. Juni 2019 und die Vertragsergänzung vom 9. November 2020, Vertragsanpassung vom 20.12.2021
- Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen gemäß § 11 a (1) KiFöG i.V.m. 78 ff. SGB VIII für die Kindereinrichtungen des Eigenbetriebs DeKiTa vom 5. September 2019,
- Mietvertrag mit der Roßlauer Schiffswerft GmbH & Co. KG für den Jugendclub ab 1. Dezember 2019,
- Vereinbarung zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die investive Bewirtschaftung der bilanzierten Grundstücke (Grund und Boden, Gebäude und Außenanlagen) sowie Ausstattungen des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten vom 22. Juni 2017 (in Kraft getreten ab 1. Januar 2017),
- Reinigungsvertrag Clamex Gebäudereinigung GmbH, Auftrag vom 29.Oktober 2021; Leistungszeitraum 01. November 2021 – 31. Oktober 2024
- Reinigungsvertrag Gebäudereinigung Danzer GmbH, Auftrag vom 29.Oktober 2021; Leistungszeitraum 01. November 2021 – 31. Oktober 2024
- Reinigungsvertrag Lieblang Dienstleistung GmbH Auftrag vom 29.Oktober 2021; Leistungszeitraum 01. November 2021 – 31. Oktober 2024
- Reinigungsvertrag HT Service GmbH, Auftrag vom 29.Oktober 2021; Leistungszeitraum 01. November 2021 – 31. Oktober 2024
- Vertrag mit Wäscheservice Posewitz vom 24.03.2021, Vertragsverlängerung bis 31.12.2024
- Leistungsvertrag zur Aufstellung von Kopiertechnik mit TA Triumph Adler Deutschland GmbH vom 18.12.2019, Vertragsverlängerung bis 31.12.2024

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

Blatt

Erläuterung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023

I. Die Bilanz 1

A K T I V S E I T E 1

A. Anlagevermögen 1

I. Immaterielle Vermögensgegenstände 1

II. Sachanlagen 2

B. Umlaufvermögen 6

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 6

II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten 9

P A S S I V S E I T E 10

A. Eigenkapital 10

I. Kapitalrücklage 10

II. Gewinnrücklagen 10

III. Bilanzgewinn 11

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse 12

C. Sonderposten für zweckgebundene Spenden 13

D. Rückstellungen 13

E. Verbindlichkeiten 16

F. Rechnungsabgrenzungsposten 19

Anlage 7
Seite II

		Blatt
II.	**Die Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023**	20
1.	Umsatzerlöse	20
2.	Betriebskostenzuschüsse	20
3.	Sonstige betriebliche Erträge	21
4.	Personalaufwand	22
5.	Abschreibungen	23
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	23
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24
8.	Sonstige Zinsen und ähnlich Aufwendungen	25
9.	Jahresfehlbetrag (i.V. Jahresüberschuss)	25
10.	Ergebnisvortrag	25
11.	Entnahmen aus Rücklagen	25
12.	Bilanzgewinn	25
III.	**Anhang**	25

Erläuterung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023

I. Bilanz

Die Bilanz zum 31. Dezember 2023 ist diesem Bericht als Anlage 1 beigefügt.

A K T I V S E I T E

A. Anlagevermögen	EUR	34.431.995,48
	i.V. EUR	29.499.020,73

Eine von den gesamten Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten „Immaterielle Vermögensgegenstände“ und der „Sachanlagen“ (Anlagespiegel gemäß § 268 Abs. 2 HGB) ist Bestandteil des Anhanges (Anlage 3, Blatt 4).

I. Immaterielle Vermögensgegenstände	EUR	1,00
	i.V. EUR	70,42
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	EUR	1,00
	i.V. EUR	70,42

Entwicklung:	2023	2022
	EUR	EUR
Stand 01.01.	70,42	486,92
Abschreibungen	-69,42	-416,50
Stand 31.12.	1,00	70,42

Bei dem Bestand handelt es sich um Software.

II. Sachanlagen	EUR	34.431.994,48
	i.V. EUR	29.498.950,31

Zusammensetzung:	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	32.750.874,81	20.967.061,84
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.532.343,84	942.103,53
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	148.775,83	7.589.784,94
	34.431.994,48	29.498.950,31

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	EUR	32.750.874,81
	i.V. EUR	20.967.061,84

Zusammensetzung:	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Grund und Boden bebauter Grundstücke	1.935.671,50	1.935.671,50
Gebäude und Aufbauten auf bebauten Grundstücken	30.814.739,57	19.030.919,17
Bauliche Anlagen des Infrastruktur-vermögens	463,74	471,17
	32.750.874,81	20.967.061,84

Entwicklung:	2 0 2 3 EUR	2 0 2 2 EUR
Stand 01.01.	20.967.061,84	17.704.992,46
a) Zugänge	84.899,79	0,00
b) Umbuchungen	12.090.619,51	3.564.362,82
c) Abschreibungen	-391.706,33	-302.293,44
Stand 31.12.	32.750.874,81	20.967.061,84

Zu a)

Die Zugänge von TEUR 85 betreffen nachträgliche Herstellungskosten an zwei Objekten sowie Außenanlagen.

zu b)

Die Umbuchungen aus der Position Anlagen im Bau von TEUR 12.091 betreffen die Fertigstellung der Kita „Bremer Stadtmusikanten“ mit TEUR 5.238 sowie des Gebäudes und der Außenanlagen der Kita „Luisenkinder“ mit TEUR 2.345. Weiterhin sind die Fertigstellung des erweiterten Hortgebäudes „Waldwichtel“ mit TEUR 4.099 sowie die Außenanlagen in der Kita „Farbkleckse“ in der Raguhner Straße mit TEUR 409 enthalten.

zu c)

Die Abschreibungen von TEUR 392 werden für Nutzungsdauern von 5 bis 80 Jahren vorgenommen.

2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung EUR 1.532.343,84

i.V. EUR 942.103,53

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Fahrzeuge	42.665,87	47.324,99
Andere Anlagen und Geschäftsausstattung	1.060.777,13	561.402,58
Sammelposten für geringwertige Wirtschaftsgüter	428.900,84	333.375,96
	1.532.343,84	942.103,53

Entwicklung:	2 0 2 3	2 0 2 2
	EUR	EUR
Stand 01.01.	942.103,53	481.563,68
a) Zugänge	682.190,79	625.474,96
b) Umbuchungen	151.033,79	0,00
c) Abschreibungen	-242.984,27	-164.935,11
Stand 31.12.	1.532.343,84	942.103,53

zu a)

Die Zugänge in Höhe von TEUR 682 betreffen mit TEUR 146 Raumausstattungen bei Kindertagesstätten, mit TEUR 117 Spiel- und Sportgeräte, mit TEUR 104 Kücheneinrichtungen, mit TEUR 243 Geringwertige Wirtschaftsgüter sowie übrige verschiedene Kleinanschaffungen mit TEUR 72.

zu b)

Die Umbuchungen von TEUR 151 betreffen fertiggestellte Außenspielgeräte in den Kitas Bremer Stadtmusikanten und Luisenkinder.

zu c)

Die Abschreibungen sind für die zugrunde gelegten Nutzungsdauern von 3 bis 20 Jahre vorgenommen worden. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem Sammelposten über 5 Jahre abgeschrieben.

3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau EUR 148.775,83

i.V. EUR 7.589.784,94

Zusammensetzung:	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Erweiterung Hort Waldwichtel	144.763,57	2.007.229,09
Rettungsweg Kita Fuchs & Elster	2.256,13	2.256,13
Rettungsweg Kita Spielhaus	1.756,13	896,13
Sanierung Kita Bremer Stadtmusikanten	0,00	3.915.422,07
Sanierung Kita Luisenkinder	0,00	1.360.389,00
Neubau Raguhner Straße	0,00	177.106,30
Ersatzneubau Mildenseer Spielbude/ Kleutscher Spatzennest (Planungskosten)	0,00	126.486,22
	148.775,83	7.589.784,94

Entwicklung:	2023	2022
	EUR	EUR
Stand 01.01.	7.589.784,94	5.453.888,75
a) Zugänge	4.927.130,41	5.700.259,01
b) Abgänge	-126.486,22	0,00
c) Umbuchungen	-12.241.653,30	-3.564.362,82
Stand 31.12.	148.775,83	7.589.784,94

zu a)

Die Zugänge in Höhe von TEUR 4.927 betreffen mit TEUR 1.446 die Sanierung der Kita Bremer Stadtmusikanten, mit TEUR 2.237 die Erweiterung des Hort Waldwichtel sowie mit TEUR 1.013 die Sanierung der Kita Luisenkinder. Für die Außenanlagen der Kita Raguhner Straße sind TEUR 231 angefallen.

zu b)

Die Abgänge von TEUR 126 betreffen frühere Planungskosten für das Bauvorhaben Ersatzneubau Mildenseer Spielbude. Gemäß Beschluss durch den Stadtrat im April 2023 sind die ursprünglichen Planungen aufgegeben worden.

zu c)

Die Umbuchungen in die Position Grundstücke in Höhe TEUR 12.242 betreffen die Fertigstellung der Bauvorhaben Kita Bremer Stadtmusikanten, Hort Waldwichtel, Kita Luisenkinder, Außenanlagen Raguhner Straße sowie Spielgeräte in 2 Kitas.

B. Umlaufvermögen		EUR	5.305.223,73
	i.V.	EUR	8.836.957,06
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		EUR	2.327.124,48
	i.V.	EUR	1.245.782,86
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		EUR	226.287,74
	i.V.	EUR	217.894,03

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
a) Kostenbeiträge	377.022,02	369.525,41
b) Mahngebühren/Säumniszuschläge	27.169,09	18.731,13
c) Wertberichtigungen	-177.903,37	-170.362,51
	226.287,74	217.894,03

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind durch eine Saldenliste nachgewiesen. Zum Prüfungszeitpunkt waren alle Forderungen bis auf TEUR 168 beglichen.

Für überfällige Forderungen aus der Betreuungstätigkeit werden pauschalierte Wertberichtigungen vorgenommen, die zum Bilanzstichtag auf TEUR 178 (i.V. TEUR 170) anzupassen waren.

2. Forderungen gegen den Aufgabenträger EUR 1.912.092,17

i.V. EUR 930.988,94

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
a) Fehlbedarf § 12b KiFöG Kita "Farbkleckse"	825.364,00	328.472,09
b) Fehlbedarf § 12b KiFöG div. Einrichtungen	479.296,06	0,00
c) Nachberechnung Ermäßigungen	412.862,99	171.168,20
d) Zuschuss Kita "Essener Straße"	172.719,68	172.719,68
e) Zuschuss Spielmobil	12.325,97	11.343,87
f) Zuschuss Jugendklub	9.523,47	0,00
g) Landes-/Landkreispauschale "Farbkleckse"	0,00	246.201,09
h) Übrige	0,00	1.084,01
	1.912.092,17	930.988,94

Zu a)

Der Eigenbetrieb hat im August/November 2024 auf Basis von § 13 EigBG LSA einen rückwirkenden Antrag auf Liquiditätsausgleich für das Jahr 2022 und 2023 zur Bewirtschaftung der KiTa „Farbkleckse“ unter Berücksichtigung der erhaltenen Zuweisungen des Landes und des Landkreises (§12 und 12a KiFöG) gestellt. Die Mittel sind im Dezember 2024 erstattet worden.

Zu b)

Die Finanzbedarfsfinanzierung nach § 12b KiFöG für das negative Jahresergebnis des Jahres 2023 ergibt sich als Anspruch an die Stadt Dessau-Roßlau in Höhe von EUR 479.296,06.

Zu c)

Der Eigenbetrieb hat Ende des Jahres 2024 gegenüber dem Jugendamt der Stadt Dessau-Roßlau rückwirkende Ermäßigungstatbestände nach § 90 SGB VIII und Geschwisterermäßigungen für das Jahr 2023 in Höhe von EUR 241.694,79 geltend gemacht. Die Auszahlung wird nach Abschluss der Bearbeitung des Antrags im Jahr 2025 erwartet.

Zu d)

Der Eigenbetrieb hat zugesagte Investitionszuschüsse für das im Jahr 2022 abgeschlossene Bauvorhaben „Essener Straße“ in Höhe von EUR 160.000,00 nicht im Jahr 2021 abgerufen. Dieser ausstehende Zuschuss der Stadt Dessau-Roßlau für die angefallenen Herstellungskosten, inklusive Endabrechnungen von insgesamt EUR 172.719,68 ist mit dem Beschluss BV/286/2024 als außerplanmäßige Auszahlung an den Eigenbetrieb festgelegt worden.

Die Mittel sind im Jahr 2024 liquiditätsunwirksam von Mitteln zum Bauvorhaben „Luisenkinder“ zum Bauvorhaben „Neubau Essener Straße“ umgewidmet worden.

Zu e)

Aus dem Verwendungsnachweis für die Zuschüsse für das Spielmobil ergeben sich noch restliche Ansprüche für das Jahr 2022 von EUR 11.343,87 sowie für 2023 mit EUR 982,10, die zum Zeitpunkt der Jahresabschlussprüfung seitens des Jugendamtes noch nicht abschließend bearbeitet waren.

Zu f)

Aus dem Verwendungsnachweis für die Betriebsführung des Jugendklubs Platte 15 ergeben sich Ansprüche von EUR 9.523,47, die zur Verrechnung vorgesehen sind.

Zu g)

Die im Vorjahr aktivierte rückwirkende Beantragung von Landespauschalen für die im Jahr 2022 eröffnete Kita „Farbkleckse“ ist im Jahr 2023 ausgezahlt worden.

3. Sonstige Vermögensgegenstände		EUR	188.744,57
	i.V.	EUR	96.899,89

Der Ansatz betrifft eine Mittelanforderung an das Land Sachsen-Anhalt für Sprachkräfteförderung mit EUR 112.518,00, debitorische Kreditoren in Höhe von EUR 53.234,63 (i.V. EUR 46.596,54) sowie Ansprüche an Krankenkassen und weitere Überzahlungen in Höhe von EUR 22.991,94 (i.V. EUR 50.303,35) mit Ausgleich oder Verrechnung im Folgejahr.

II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten EUR 2.978.099,25

i.V. EUR 7.591.174,20

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
a) Kassenbestand		
- Verwaltung	495,49	57,36
- Jugendklub	0,00	56,75
	495,49	114,11
b) Guthaben bei Kreditinstituten		
Commerzbank AG, Leipzig		
Konto-Nr. 506 788 900	2.250.443,56	6.748.588,00
Konto-Nr. 506 788 902	681.809,34	346.008,06
Sparkasse Dessau		
Konto-Nr. 01150288 62	45.350,86	496.464,03
	2.977.603,76	7.591.060,09
	2.978.099,25	7.591.174,20

Der Kassenendbestand und die entsprechenden Bankauszüge zum 31. Dezember 2023 lagen gleichlautend vor.

P A S S I V S E I T E

A. Eigenkapital EUR 2.861.699,56
i.V. EUR 2.943.544,97

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
I. Kapitalrücklage	1.935.671,50	1.935.671,50
II. Gewinnrücklagen	926.028,06	997.931,98
III. Bilanzgewinn	0,00	9.941,49
	2.861.699,56	2.943.544,97

I. Kapitalrücklage EUR 1.935.671,50
i.V. EUR 1.935.671,50

Zum 1. Januar 2016 sind Grundstücke zum Buchwert von TEUR 1.297 von der Stadt Dessau auf den Eigenbetrieb übertragen worden mit gleichlautender Dotierung der Kapitalrücklage. Weitere Übertragungen von Grundstücken mit Erhöhung der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 639 sind in den Jahren bis 2019 von der Stadt Dessau-Roßlau auf den Eigenbetrieb erfolgt.

II. Gewinnrücklagen EUR 926.028,06
i.V. EUR 997.931,98

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
1. Rücklage für Investitionen verwendet	33.466,47	70.370,39
2. Rücklage für Investitionen noch nicht verwendet	65.122,36	65.122,36
3. Zweckgebundene Rücklagen	827.439,23	862.439,23
	926.028,06	997.931,98

zu 1.

In Höhe des aus Eigenmitteln finanzierten Anlagevermögens ist in Vorjahren eine gesonderte Rücklagenposition gebildet worden. Gemäß Beschluss des Stadtrates vom 28. Mai 2025 sind Abschreibungen des Jahres 2022 in Höhe von EUR 17.017,70 auf das aus Eigenmitteln finanzierte Anlagevermögen durch Entnahme aus der Investitionsrücklage ausgeglichen worden. Daneben ist in Folge des Abgangs von Planungskosten für die Mildenseer Spielbude (Anlagen im Bau) eine dafür gebildete Rücklage aus Vorjahren in Höhe von EUR 19.886,22 zu entnehmen gewesen.

zu 2.

Die Investitionsrücklage in Höhe von EUR 65.122,36 betrifft die geplante Errichtung einer Rutsche mit Balkon für die Kita Essener Straße.

zu 3.

Die zweckgebundene Rücklage von EUR 862.439,23 ist im Berichtsjahr in Höhe von EUR 35.000,00 zu vermindern gewesen, da dieser Betrag gemäß des Beschlusses des Stadtrates vom 19. Juni 2024 zur Deckung von Verlusten in den Jahren 2022 und 2023 vorgesehen war.

III.	Bilanzgewinn		EUR	0,00
		i.V.	EUR	9.941,49

Zur Entwicklung des Bilanzgewinns verweisen wir auf die Anlage 2.

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse EUR 32.044.984,48

i.V. EUR 27.422.927,97

Entwicklung:	2023	2022
	EUR	EUR
Stand 01.01.	27.422.927,97	21.546.043,05
Zuführung	5.694.220,99	6.325.733,97
Umgliederung	12.090.619,51	3.815.961,15
Umgliederung	-12.450.665,43	-3.815.961,15
Auflösung	-712.118,56	-448.849,05
Stand 31.12.	32.044.984,48	27.422.927,97

Der Sonderposten für Zuschüsse zu Investitionen im Anlagevermögen ist korrespondierend zu den bezuschussten aktivierten Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gebildet worden und betrifft die Anlagegruppen wie folgt:

	Stand 1.1.2023	Zugänge	Umgliederung wegen Fertigstellung	Umgliederung in nicht verbrauchte Zuschüsse	Auflösung	Stand 31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Gebäude	19.030.919,17	84.899,79	12.090.619,51	0,00	374.737,11	30.831.701,36
Anlagen im Bau	7.463.298,72	4.927.130,41	-12.241.653,30	-42.175,83	106.600,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	547.938,71	438.789,96	150.131,67	-317.870,09	77.274,84	741.715,41
Geringwertige Wirtschaftsgüter	333.375,96	243.400,83	902,12	0,00	148.778,07	428.900,84
Fahrzeuge	47.324,99	0,00	0,00	0,00	4.659,12	42.665,87
EDV	70,42	0,00	0,00	0,00	69,42	1,00
	27.422.927,97	5.694.220,99	0,00	-360.045,92	712.118,56	32.044.984,48

Der Sonderposten wird analog den bezuschussten Vermögensgegenständen über deren Nutzungsdauer ertragswirksam mit TEUR 712 (i.V. TEUR 449) aufgelöst. Im Jahr 2023 sind außerplanmäßige Auflösungen in Höhe von TEUR 107 wegen Abgängen von Anlagen im Bau enthalten. Weiterhin waren mit TEUR 360 erfolgsneutrale Umgliederungen in die sonstigen Verbindlichkeiten aus nicht verbrauchten Zuschüssen vorzunehmen.

Noch nicht verwendete Investitionskostenzuschüsse werden analog den Vorjahren unter den sonstigen Verbindlichkeiten erfasst. Wir verweisen auf Seite 18 dieser Anlage.

C. Sonderposten für zweckgebundene Spenden EUR 13.269,79

i.V. EUR 11.839,29

Entwicklung:	2023	2022
	EUR	EUR
Stand 01.01.	11.839,29	5.897,59
Zuführung	3.461,47	7.720,00
Auflösung	-2.030,97	-1.778,30
Stand 31.12.	13.269,79	11.839,29

Der Sonderposten für Wirtschaftsgüter, die aus zweckgebundenen Spendenmitteln finanziert worden sind, wird im Jahr 2023 planmäßig mit TEUR 2 aufgelöst.

D. Rückstellungen EUR 878.659,58

i.V. EUR 917.590,43

Sonstige Rückstellungen EUR 878.659,58

i.V. EUR 917.590,43

	Stand 01.01.2023	Verbrauch/ Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR
Altersteilzeitverpflichtungen	346.498,00	0,00	35.892,00	382.390,00
Resturlaubsansprüche	198.731,29	198.731,29	168.243,46	168.243,46
Mehrarbeitsstunden	96.895,11	96.895,11	95.799,79	95.799,79
Jahresabschlusskosten	55.863,00	0,00	33.000,00	88.863,00
Behördliche Auflage	37.500,00	2.077,72	0,00	35.422,28
Jubiläen	57.540,00	24.450,00	0,00	33.090,00
Drohende Verpflichtung aus Gerichtsverfahren	27.800,00	0,00	0,00	27.800,00
Sonstige Personal-verpflichtungen	23.203,03	6.338,41	10.386,43	27.251,05
Impfpflicht Hepatitis A	52.900,00	41.200,00	0,00	11.700,00
Rückstellung für Archivierung	8.100,00	0,00	0,00	8.100,00
Instandhaltungsverpflichtungen	12.560,00	12.560,00	0,00	0,00
	917.590,43	382.252,53	343.321,68	878.659,58

Altersteilzeitverpflichtungen

Für die zum 31. Dezember 2023 bestehenden 8 (i.V. 7) Altersteilzeitverträge sind die Verpflichtungen für die Erfüllungsrückstände von TEUR 275 und die Aufstockungsbeträge von TEUR 108 unter Berücksichtigung erwarteter Tariferhöhungen von 2 % und einer Abzinsung von 1,03 % mit insgesamt TEUR 382 ermittelt worden. Das zugrundeliegende versicherungsmathematische Gutachten datiert vom 16. Januar 2025. Der Aufwand aus der Abzinsung von TEUR 1 ist im Zinsaufwand enthalten.

Resturlaubsansprüche

Die Verpflichtungen betreffen insgesamt 777 (i.V. 998) Resturlaubstage und sind entsprechend der vereinbarten Arbeitszeiten mit dem anteiligen Personalaufwand inkl. Sozialabgaben bewertet worden.

Mehrarbeitsstunden

Die zum Bilanzstichtag erfassten Mehrarbeitsstunden wurden mit dem durchschnittlichen Stundensatz des Jahres 2023 inkl. Sozialabgaben für die jeweiligen Dienstarten bewertet.

Jahresabschlusskosten

Die Rückstellung berücksichtigt die internen Kosten für die Jahresabschlusserstellung sowie die voraussichtlichen Kosten der Jahresabschlussprüfungen der Jahre 2021 bis 2023. Die Abrechnung der Leistungen für 2021 ist in 2024 erfolgt.

Behördliche Auflage

Eine behördliche Auflage des Amtes für Umwelt- und Naturschutz aus dem Jahr 2021 betrifft die mit TEUR 36 (i.V. TEUR 38) ermittelte Verpflichtung des Eigenbetriebs für erforderliche Pflegearbeiten an Grünflächen.

Jubiläen

Die Mitarbeiter haben Anspruch auf Jubiläumszahlungen von EUR 350,00 nach 25 Jahren und EUR 500,00 nach 40 Jahren Dienstzugehörigkeit. Die Rückstellung ist von der Personalabteilung des Eigenbetriebs ermittelt und nach handelsrechtlichen Kriterien abgezinst worden.

Drohende Verpflichtungen aus Gerichtsverfahren

Der Eigenbetrieb hat zum Bilanzstichtag ein noch nicht abgeschlossenes Gerichtsverfahren gegen den Bodenleger des Bauvorhabens Essener Straße mit einem Risiko von TEUR 28 (i.V. TEUR 28) geführt. Das Verfahren ist im Jahr 2025 abgeschlossen worden.

Sonstige Personalverpflichtungen

Die Verpflichtungen von TEUR 27 betreffen das Leistungsentgelt nach § 18 TVÖD sowie voraussichtliche Tantiemeverpflichtung für die Betriebsleiterin.

Impfpflicht Hepatitis A

Nach der Empfehlung der Ständigen Impfkommission beim Robert-Koch-Institut (STIKO) vom 24. August 2019 ist die Hepatitis A Impfung in Kindertageseinrichtungen zur Angebotspflicht durch den Arbeitgeber geworden.

Die Rückstellung ist ausgehend von der bisherigen Inanspruchnahme sowie der erwarteten Inanspruchnahme von Impfungen auf TEUR 12 angepasst worden, so dass sich Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit TEUR 40 ergeben haben.
Die Impfungen werden den Beschäftigten weiterhin aktiv angeboten.

Rückstellung für Archivierung

Die Rückstellung von TEUR 8 ist im Jahr 2018 berechnet worden und wird seitdem fortgeführt.

Instandhaltungsverpflichtungen

Die unterlassenen Instandhaltungsmaßnahmen von TEUR 13 waren im ersten Quartal 2023 abgearbeitet worden.

E. Verbindlichkeiten EUR 3.929.508,80

i.V. EUR 7.038.728,43

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	523.903,82	441.599,67
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Aufgabenträger	1.423.288,67	1.373.196,53
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.982.316,31	5.223.932,23
	3.929.508,80	7.038.728,43

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

		Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	523,9	523,9	0,0	0,0
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Aufgabenträger	1.423,3	1.422,8	0,5	0,0
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.982,3	298,8	1.683,5	0,0
	3.929,5	2.245,5	1.684,0	0,0

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen EUR 523.903,82

i.V. EUR 441.599,67

Die Verbindlichkeiten wurden durch eine Einzelaufstellung nachgewiesen und sind zum Zeitpunkt des Abschlusses der Prüfung ausgeglichen.

2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Aufgabenträger EUR 1.423.288,67

i.V. EUR 1.373.196,53

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Rückzahlung Defizitausgleich	591.900,00	591.900,00
Überzahlung Entgeltvereinbarung	564.902,55	367.902,71
Versicherungen	171.183,87	112.985,17
Miete, Betriebskosten, übrige Dienstleistungen	48.824,61	140.944,58
Projektabrechnung "Gesunde Ernährung"	34.949,87	62.681,64
Rückzahlung Jugendklub-Fördermittel	11.527,77	11.527,77
Rückzahlung GTA-Fördermittel	0,00	85.254,66
	1.423.288,67	1.373.196,53

Rückzahlung Defizitausgleich

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Dessau-Roßlau betreffen mit TEUR 592 die anteilige Rückzahlung der Betriebskostenzuschüsse durch die Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2021 gemäß der Vereinbarung zur Rückzahlung mit der Stadtkämmerei im Juli 2023. Die Rückzahlung an die Stadt Dessau-Roßlau ist im Dezember 2024 durch Verrechnung erfolgt.

Überzahlung Entgeltvorauszahlung für Kindertagesstätten für 2021

Der Eigenbetrieb hat eine Überzahlung der Entgeltvorauszahlung der Stadt Dessau-Roßlau (jährliche Spitzabrechnung mit dem Jugendamt) für das Jahr 2021 und 2022 aufgrund der IST-Belegung in den Kindertagesstätten von TEUR 368 ermittelt, der mit der Entgeltauszahlung im September 2023 verrechnet worden ist. Für das Jahr 2023 ergab sich aus der Abrechnung der Entgeltvorauszahlung eine Rückzahlungsverpflichtung in Höhe von TEUR 565, mit Verrechnung mit der Entgeltvorauszahlung für Dezember 2024.

Versicherungen

Der Betrag betrifft auf den Eigenbetrieb entfallende Versicherungsbeträge, die seitens der Stadt Dessau-Roßlau gegenüber der Versicherung übernommen werden. Der Ausgleich ist durch Verrechnung Ende 2024 erfolgt.

Miete, Betriebskosten, übrige Dienstleistungen

Die Beträge betreffen im Wesentlichen das 4. Quartal 2023 mit Ausgleich im Folgejahr.

Projektabrechnung

Es werden nicht verbrauchte Projektzuschüsse für das Projekt „Gesunde Ernährung“ für das Jahr 2023 entsprechend der Abrechnung an die Stadt Dessau-Roßlau vom Mai 2024 als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Verbindlichkeit ist mit Projektmitteln in 2024 verrechnet worden. Der Rückzahlungsbetrag des Vorjahres ist im Jahr 2023 ausgeglichen worden.

Rückzahlung Jugendklub-Fördermittel

Aus dem Verwendungsnachweis für den Jugendklub für das Jahr 2023 hat sich ein Rückzahlungsbetrag von TEUR 11 ergeben. Die Rückzahlung ist noch offen.

3. Sonstige Verbindlichkeiten EUR 1.982.316,31

i.V. EUR 5.223.932,23

Zusammensetzung:	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Nicht verbrauchte Zuschüsse	1.630.703,31	4.918.925,06
Lohn und Gehalt, Lohnsteuer	212.308,12	142.012,47
kreditorische Debitoren	57.094,24	63.518,58
Nicht verbrauchte Spenden	52.800,77	52.015,77
Sozialversicherung	6.296,64	24.252,91
Übrige	23.113,23	23.207,44
	1.982.316,31	5.223.932,23

Verbindlichkeiten aus noch nicht verbrauchten Zuschüssen zum Anlagevermögen

Der Ansatz betrifft erhaltene, aber noch nicht verwendete Zuschüsse für die Anschaffung und Herstellung von Anlagevermögen. Bei zweckentsprechender Verwendung der Zuwendung erfolgt eine Umbuchung in den Sonderposten.

Im Jahr 2023 ergab sich folgende Entwicklung:

Entwicklung:	Stand 1.1.	Zugänge	Verwendung	Umgliederung aus Sonderposten	Auflösung	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR
Erweiterung Hort Waldwichtel	2.109.415,65	2.457.422,04	4.163.739,96		44.621,70	358.476,03
Sonstige Investitionsmittel (> € 250,00)	247.533,76	35.752,22	247.522,51	317.870,09	0,00	353.633,56
Sanierung Kita Bremer Stadtmusikanten	1.366.882,27	4.352.270,30	5.527.713,95		0,00	191.438,62
Kita Essener Straße	0,00	172.719,68	0,00		0,00	172.719,68
Hort Tempelhofer Straße	125.600,00	121.900,00	82.062,68		0,00	165.437,32
Krippenausbauprogramm	118.885,62	0,00	3.885,62		0,00	115.000,00
Neubau Kita Raguhner Straße	429.718,74	251.615,22	590.786,04		0,00	90.547,92
Mildenseer Spielbude	0,00	84.500,00	0,00		0,00	84.500,00
Sanierung KiTa Luisenkinder	388.119,28	2.066.838,28	2.455.698,21	42.175,83	0,00	41.435,18
Umbau Kinderfreizeitoase	26.409,33	5.821,60	0,00		5.821,59	26.409,34
Essenaufzug KiTa Kinderland	11.695,92	0,00	0,00		0,00	11.695,92
Bussi Bär	0,00	10.000,00	0,00		0,00	10.000,00
Jugendclub	5.000,00	0,00	0,00		0,00	5.000,00
Essenaufzug KiTa Nesthäkchen	4.285,30	22.328,33	22.328,33		0,00	4.285,30
Erweiterung KiTa Spielhaus	124,44	0,00	0,00		0,00	124,44
Investitionsprogramm Ganztagsbetreuung	85.254,75	0,00	85.254,75		0,00	0,00
	4.918.925,06	**9.581.167,67**	**13.178.992,05**	**360.045,92**	**50.443,29**	**1.630.703,31**

Verbindlichkeiten Lohnsteuer

Es handelt sich um Verpflichtungen für Dezember 2023 die Anfang Januar 2024 gezahlt wurden.

kreditorische Debitoren

Die kreditorischen Debitoren aus Überzahlungen von Kitagebühren werden in Folgejahren verrechnet oder rückerstattet.

Nicht verbrauchte Spenden

Der Verbindlichkeitssaldo betrifft vereinnahmte zweckgebundene Spenden und Zahlungen aus Gerichtsverfahren, die noch keiner Verwendung zugeführt worden sind.

F. Rechnungsabgrenzungsposten EUR 9.097,00

i.V. EUR 1.346,70

Es handelt sich um die periodengerechte Abgrenzung von Zahlungseingängen im Dezember 2023 aus Kitagebühren für den Abrechnungszeitraum 2024.

II. Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2023 ist diesem Bericht als Anlage 2 beigefügt.

1. Umsatzerlöse — EUR 1.882.834,32

i.V. EUR 1.928.867,21

Zusammensetzung:	2023	2022
	EUR	EUR
Kostenbeiträge		
Kinderkrippen	454.776,87	467.794,77
Kindertagesstätten	832.203,74	901.373,24
Horte	592.254,50	557.632,55
Summe Kostenbeiträge	1.879.235,11	1.926.800,56
Erlöse aus Vermietung	2.119,00	690,00
Erlöse Verwaltungsgebühren	265,00	40,00
Übrige	1.215,21	1.336,65
	1.882.834,32	1.928.867,21

2. Betriebskostenzuschüsse — EUR 20.968.994,71

i.V. EUR 19.397.839,68

Zusammensetzung:	2023	2022
	EUR	EUR
Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land § 12 Abs. 2 KiFöG	8.309.708,76	7.761.995,82
Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land § 12a KiFöG	2.906.669,09	2.694.338,91
Zuschüsse Stadt Dessau-Roßlau:		
Entgeltzahlung/Defizitausgleich	6.752.119,59	6.087.499,78
Fehlbedarf § 12b KiFöG	976.187,97	328.472,09
Erstattungen für Geschwisterermäßigung	1.097.569,00	1.103.911,00
Erstattungen für Ermäßigung gem. § 90 SGB VIII wg. unzumutbarer Belastung	567.459,72	565.708,76
Projektfinanzierung "Gesunde Ernährung"	201.035,09	235.717,13
Zuschuss Jugendclub "Platte 15"	158.245,49	136.917,07
Projektfinanzierung "Ganztagsbetreuung"	0,00	482.761,83
übrige	0,00	517,29
	20.968.994,71	19.397.839,68

3. Sonstige betriebliche Erträge EUR 2.055.946,14

i.V. EUR 1.940.277,96

Zusammensetzung:	2023	2022
	EUR	EUR
Erträge aus Kostenerstattungen		
- Zuschuss Azubis (Stadt)	248.100,00	176.200,00
- Förderung Azubis/Fachkräfteoffensive	242.040,00	211.006,67
- Zuschuss "Sprach-Kita"	188.766,00	336.988,00
- Vergütungsvereinbarung Sozialagentur	117.384,29	52.793,21
- Spielmobil	95.292,75	79.830,02
- Zuschuss Teilhabechancengesetz	36.644,90	51.609,70
- Entschädigung Infektionsschutzgesetz	0,00	108.628,49
- Zuschuss Digitalisierung	0,00	38.809,43
- Zuschuss Co²-Ampeln	0,00	12.337,92
- Sonstiges	1.018,20	112,90
	929.246,14	1.068.316,34
Erträge aus der Auflösung der Sonderposten	714.149,54	450.627,35
Übrige Erträge		
- Erstattungen von Krankenkassen	286.134,59	388.270,57
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	67.941,64	23.677,39
- periodenfremde Erträge	50.443,29	0,00
- Säumniszuschläge, Mahngebühren	1.760,85	5.838,00
- Übrige verschiedene	6.270,09	3.548,31
	412.550,46	421.334,27
	2.055.946,14	1.940.277,96

Die Erträge aus Kostenerstattungen von TEUR 929 (i.V. TEUR 1.068) sind teilweise abhängig von den zur Verfügung stehenden Fördermitteln bzw. Förderprogrammen.

Zu den Erträgen aus der Auflösung Sonderposten von TEUR 714 (i.V. TEUR 451) verweisen wir auf die Darstellung auf Blatt 12 f..

Gesamtleistung		EUR	24.907.775,17
	i.V.	EUR	23.266.984,85

4. Personalaufwand		EUR	20.668.667,87
	i.V.	EUR	19.102.205,91

Zusammensetzung:	2023	2022
	EUR	EUR
a) Löhne und Gehälter		
Löhne und Gehälter	16.701.307,34	15.214.314,98
Freiwilliges Soziales Jahr	57.642,86	32.869,87
Veränderung Rückstellung Altersteilzeit	34.838,00	208.602,00
Veränderung Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub	-30.487,83	112.918,13
Veränderung übrige Personalrückstellungen	-1.095,32	-57.128,71
	16.762.205,05	15.511.576,27
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	3.274.610,06	3.049.511,22
Aufwendungen zu Versorgungskassen	631.852,76	541.118,42
	3.906.462,82	3.590.629,64
	20.668.667,87	19.102.205,91

Die Erläuterungen zur Veränderung der Anzahl der Mitarbeiter und des Personalaufwands sind dem Anhang und dem Lagebericht zu entnehmen.

Die Tarife im TVöD SuE (Sozial- und Erziehungsdienst) entwickeln sich folgendermaßen:

01.3.2018	3,11 %
01.4.2019	3,02 %
01.3.2020	1,03 %
01.4.2021	1,40 % mindestens € 50,00
01.4.2022	1,80 %

In den Personalkosten sind auch die nach § 16i SGB II geförderten Mitarbeiter enthalten.

5. Abschreibungen

	EUR	634.760,02
i.V.	EUR	467.645,05

Zur Zusammensetzung der Abschreibungen verweisen wir auf den Anlagespiegel in Anlage 3, Blatt 4.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	EUR	3.680.280,22
i.V.	EUR	3.669.493,04

Zusammensetzung:	2023 EUR	2022 EUR
a) Betriebskosten	1.797.716,23	1.923.445,03
b) Verwaltungs- und Personalnebenkosten	1.472.847,95	1.423.194,29
c) Versicherungen	199.487,81	184.559,32
d) Sachanlagenabgänge	126.486,22	0,00
e) Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsverluste	9.187,36	70.502,51
f) Übrige Aufwendungen	74.554,65	67.791,89
	3.680.280,22	3.669.493,04

zu a) Betriebskosten

Zusammensetzung:	2023	2022
	TEUR	TEUR
Reinigung	746.951,19	583.156,39
Energiekosten	451.318,50	418.081,46
Mieten und Pachten	217.608,13	197.802,74
Sonstige Betriebskosten	178.990,44	133.226,67
Instandhaltungsaufwendungen	165.066,88	532.532,51
Spiel- und Beschäftigungsmaterial	31.562,23	54.458,85
Fahrzeugkosten	6.218,86	4.186,41
	1.797.716,23	1.923.445,03

zu b) Verwaltungs- und Personalnebenkosten

Zusammensetzung:	2023	2022
	TEUR	TEUR
Personaldienstleistungen	1.113.225,63	994.428,67
Projektkosten	199.658,03	270.073,91
Personalnebenkosten	53.074,47	65.146,30
Rechts- und Beratungskosten	49.152,19	50.089,16
Telefon, Porto, Bürobedarf	49.128,67	33.452,85
übrige Verwaltungskosten	8.608,96	10.003,40
	1.472.847,95	1.423.194,29

7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge EUR 0,00

i.V. EUR 741,63

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		EUR	5.912,47
	i.V.	EUR	18.855,89

Es handelt sich im Wesentlichen um Negativzinsen der Commerzbank und den Zinsaufwand im Zusammenhang mit der Bewertung der Altersteilzeitrückstellung.

9. Jahresfehlbetrag (i.V. Jahresüberschuss)		EUR	-81.845,41
	i.V.	EUR	9.526,59
10. Ergebnisvortrag		EUR	9.941,49
	i.V.	EUR	0,00
11. Entnahmen aus Rücklagen		EUR	71.903,92
	i.V.	EUR	414,90
12. Bilanzgewinn		EUR	0,00
	i.V.	EUR	9.941,49

III. Anhang

Die Angaben im Anhang (vergleiche Anlage 3) sind im Hauptteil und im Rahmen der Erläuterung der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung grundsätzlich mitbehandelt worden. Wir verweisen auf die entsprechenden Ausführungen.

Auf die Angabe des Gehalts für die Betriebsleitung hat der Eigenbetrieb gemäß § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

Eigenbetrieb „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa“ der Stadt Dessau-Roßlau

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz für das Geschäftsjahr 2023 (IDW PS 720)

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Organe des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 der Betriebssatzung die Betriebsleitung, der Betriebsausschuss und der Stadtrat. In den §§ 5 bis 7 der Betriebssatzung sind Regelungen zu den Entscheidungsbefugnissen der Organe festgelegt.
Eine Geschäftsordnung für den Betriebsausschuss besteht nach erteilter Auskunft nicht. Auskunftsgemäß kommt für den Stadtrat und seine Ausschüsse die Geschäftsordnung in jeweils aktueller Fassung zur Anwendung.
Unserer Auffassung nach entsprechen die Regelungen den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Nach den uns vorgelegten Unterlagen erfolgten im Wirtschaftsjahr 2023 in den Stadtratssitzungen Beschlüsse zum Eigenbetrieb am 26.04.2023 und 05.07.2023.

Im Berichtsjahr fanden Betriebsausschusssitzungen statt, und zwar am 28.02.2023, 31.05.2023, 27.06.2023 und 13.09.2023.

Die Niederschriften zu den Sitzungen wurden uns in Kopie überreicht.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Betriebsleiterin des Eigenbetriebes war nach den uns erteilten Auskünften in keinem entsprechenden Kontrollgremium tätig.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Betriebsleiterin wird außertariflich entlohnt. Die Vergütung der Betriebsleitung wird unter Verweis auf die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB nicht individualisiert im Anhang ausgewiesen.
Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Betriebsausschusses wurden von der Stadt Dessau-Roßlau getragen.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ein Organisationsplan liegt in Gestalt eines Personalkonzepts vor, welches aus Organigramm, Stellenplan/Stellenbesetzungsplan und Stellenbeschreibungen besteht. In den Beschreibungen sind die Aufgabenverteilungen vorgenommen worden.
Der Organisationsplan wird regelmäßig aktualisiert. Der Stellenplan ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Wirtschaftsjahres und wird im Stellenbesetzungsplan (IST) regelmäßig aktualisiert.

Das Personalkonzept entspricht den Erfordernissen des Eigenbetriebes.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Vom Organisationsplan abweichende Verfahrensweisen sowie Verstöße gegen die Zuständigkeitsregelungen sowie gegen die Weisungsbefugnisse haben wir nicht feststellen können.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an den Betriebsausschuss.
Für den Eigenbetrieb gelten insbesondere die Verwaltungsvorschrift für das Land Sachsen-Anhalt zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption vom 16. Januar 2017 und der Erlass vom 18. November 2016.

Darüber hinaus dienen Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen als Vorkehrungen zur Korruptionsprävention. Folgende Vorkehrungen wurden getroffen:

1. Anwendung der Verwaltungsanordnung Nr. 3 - Vergabeordnung für Lieferungen und Leistungen.
2. Anwendung der Verwaltungsanordnung Nr. 41 - Vergabeordnung für Bauleistungen (VOB) der Stadt Dessau-Roßlau.
3. Anwendung der Verwaltungsanordnung Nr. 56 - Richtlinie zur Korruptionsprävention der Stadt Dessau-Roßlau.
4. Dienstvereinbarung zur Sonderregelung der Dienstvereinbarung zur Regelung der Arbeitszeit.
5. Festsetzung der Wertgrenzen von Angelegenheiten im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, die durch den Betriebsausschuss zu beschließen sind (vgl. § 6 Abs. 8 Betriebssatzung).
6. Im Verwaltungsbereich wird das Vier-Augen-Prinzip angewandt. Dabei arbeiten jeweils ein Sachbearbeiter und die Betriebsleiterin bzw. deren Vertreterin zusammen.
7. Der Kassenschlüssel steht nur ausgewähltem Personal zur Verfügung.
8. Anwendung der Kassenordnung vom 1.1.2018 (letztmalig aktualisiert Februar 2023).

Auskunftsgemäß sind bei dem Eigenbetrieb im Berichtsjahr keine Korruptionsfälle bekannt geworden.
Die Prüfung der Angemessenheit oder Wirksamkeit der eingerichteten Maßnahmen war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrages.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Zustimmungsbedürftige Geschäfte werden in der Satzung geregelt.
Darüber hinaus dienen Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen (vgl. Punkt 2c) als Grundlage für wesentliche Entscheidungsprozesse der Auftragsvergabe, des Personalwesens, der Kreditaufnahme und -gewährung.
Des Weiteren bestehen Regelungen von Unterschrifts-/Zeichnungsberechtigung und Vollmachten.

Die Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen sind grundsätzlich geeignet, die Qualität der Entscheidungsprozesse zu sichern.
Anhaltspunkte für die Nichteinhaltung der genannten Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen haben wir nicht festgestellt.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Eine entsprechende Dokumentation liegt vor. Die Aufbewahrung der wesentlichen Verträge erfolgt im Büro der Betriebsleiterin. Wesentliche Verträge lagen bei der Prüfung zur Einsichtnahme vor.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Jährlich wird durch die Betriebsleitung ein Wirtschaftsplan erstellt und vom Stadtrat genehmigt. Bestandteile des Wirtschaftsplanes 2023 sind:

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Finanzplan,
- Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt,
- Investitionsplan,
- Stellenplan.

Der Wirtschaftsplan 2023 wurde vom Stadtrat in seiner Sitzung am 05.07.2023 beschlossen.
Das Planungswesen ist angemessen und entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

b) Werden Planungsabweichungen systematisch untersucht?

Eine entsprechende Analyse der Planabweichungen im Verantwortungsbereich der Betriebsleiterin sowie in den Betriebsausschusssitzungen findet statt. Der Eigenbetrieb ist in der Lage, die Ursachen der festgestellten Abweichungen zu benennen.

c) Entspricht das Rechnungswesen, einschließlich der Kostenrechnung, der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Die Kostenrechnung liefert auf Basis einer Vollkostenrechnung monatliche Kostenstellen- und Kostenartenauswertungen, die zu entsprechenden Monats- und Quartalsberichten verdichtet werden können.

Die Bücher des Eigenbetriebes sind ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.
Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Ergänzungen entsprechend des EigBG und der EigBVO wurden beachtet.
Das Rechnungswesen, einschließlich der Kostenrechnung, entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen des Eigenbetriebes.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die tagesaktuelle Liquiditätskontrolle erfolgt durch Überwachung der Ein- und Ausgangsrechnungen sowie des Kontostands durch die Betriebsleiterin und durch die 1. Sachbearbeiterin Finanzbuchhaltung.
Ergänzend hierzu wird monatlich eine Liquiditätsplanung über 12 Monate erstellt.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management (z. B. mit der Stadt Dessau-Roßlau) existiert nicht. Nach den Gegebenheiten ist dies nicht erforderlich.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Entgelte werden vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt.
Das Mahnwesen erfolgt seitens des Eigenbetriebes bis zur 2. Mahnung sowie Kündigung des Kinderbetreuungsvertrages. Darüber hinausgehende Vollstreckungsmaßnahmen erfolgen im Wege der Amtshilfe durch das Forderungsmanagement der Stadt Dessau-Roßlau.
Der hohe Forderungsbestand im Jahresabschluss 2023 war durch den Personalwechsel im Fachbereich Finanzen, die reduzierte Anzahl an Mahnläufen und die durch die Corona-Krise bedingte allgemeine Unsicherheit und Zahlungsunwilligkeit der Kunden signifikant beeinflusst. Diese Faktoren haben in Kombination dazu geführt, dass die Forderungsbestände 2022/2023 höher sind als in einem regulären Geschäftsjahr. Seit Ende 2022 konnte die Stelle nach 7 Monaten erfolgreich nachbesetzt werden und somit nach einer Einarbeitungszeit eine kontinuierliche Bearbeitung der Forderungsbestände wieder abgesichert werden.

Es ist ein funktionierendes Mahnwesen installiert.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Organisatorisch ist das Controlling bei der Betriebsleitung angesiedelt und wird ergänzend vom Betriebsausschuss (Reporting) wahrgenommen. Es umfasst alle wesentlichen Unternehmensbereiche. Als Controllinginstrumente werden der Wirtschaftsplan, das Berichtswesen und die monatlichen Auswertungen der Finanzbuchhaltung eingesetzt.
Das Controlling entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Der Eigenbetrieb ist kein Konzern-Mutterunternehmen, weshalb diese Frage nicht einschlägig ist.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Betriebsleitung hat Frühwarnsignale definiert, die geeignet sind, latente Risiken frühzeitig zu erkennen.
Das Rechnungswesen wird - betriebswirtschaftlich aufbereitet - monatlich ausgewertet. Dabei werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage analysiert und kontrolliert.
Darüber hinaus wird seitens der Betriebsleitung monatlich die Einhaltung der Budgets überwacht. In diesem Zusammenhang werden durch Aufträge und Bestellungen gebundene Mittel bereits mit einbezogen.
Der Eigenbetrieb ist im Wesentlichen zuschussfinanziert. Seine Kosten sind durch die satzungsmäßigen Aufgaben verursacht.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Diese Maßnahmen reichen aus und sind geeignet, ihren Zweck zu erfüllen. Des Weiteren verweisen wir auf unsere Ausführungen zu 4d).

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Diese Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung und Handhabung von Risiken sind ausreichend dokumentiert (vgl. 4a).

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Die ergriffenen Maßnahmen und definierten Frühwarnsignale werden regelmäßig, d. h. mindestens einmal jährlich und systematisch mit den aktuellen Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt.
Das Risikomanagement stellt somit zusammen mit den vorhandenen Maßnahmen eine kontinuierliche und systematische Abstimmung mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen sicher.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich unzulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**

Ein Handel mit Finanzinstrumenten erfolgte im Berichtsjahr nicht. Zinsderivate werden nicht eingesetzt.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Entfällt, vgl. 5a).

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
- **Erfassung der Geschäfte**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Entfällt, vgl. 5a).

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Entfällt, vgl. 5a).

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt, vgl. 5a).

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt, vgl. 5a).

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Aufgrund der Größe des Eigenbetriebes gibt es keine Interne Revision bzw. Konzernrevision.
Interne Kontrollaufgaben werden vom Fachbereich Finanzen und der Betriebsleitung erfüllt.

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern?
Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Entfällt, vgl. 6a).

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision? Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind?

Entfällt, vgl. 6a).

Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Entfällt, vgl. 6a).

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Entfällt, vgl. 6a).

e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Entfällt, vgl. 6a).

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Entfällt, vgl. 6a).

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans?

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherigen Zustimmungen des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden sind?

Für Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen, die nach der Satzung der Zustimmung des Betriebsausschusses bedürfen, lagen nach unseren Erkenntnissen die entsprechenden Zustimmungen vor.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Im Berichtsjahr wurden keine Kredite an die Betriebsleitung oder Mitglieder des Betriebsausschusses gewährt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Wir haben keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen wurden.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Der jährlich zu erstellende Investitionsplan, als Bestandteil des Wirtschaftsplanes, bedarf der Zustimmung des Stadtrates. Größere Investitionen werden einzeln aufgeführt und begründet. Der Aufnahme einer Maßnahme in den Investitionsplan geht eine eingehende Prüfung der Maßnahme unter Berücksichtigung der zu erarbeitenden Begründungen und Alternativen sowie die Klärung der Finanzierbarkeit voraus.

Die Investitionen im Jahr 2023 betreffen die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (TEUR 682,2) sowie nachträgliche Herstellungskosten für Gebäude (TEUR 84,9) und Zugänge zu Anlagen im Bau (TEUR 4.927,1).

Die Investitionen werden angemessen geplant und zuvor auf Rentabilität und Finanzierbarkeit geprüft.

Unsere Prüfung hinsichtlich der Dokumentation der Maßnahmebeschlüsse für die ausgewählte Stichprobe investiver Maßnahmen hat zu keinen negativen Feststellungen geführt.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Die Preisermittlungen erfolgen über öffentliche Ausschreibungen, mehrfache Angebotseinholungen und Marktrecherchen unter Berücksichtigung der Vergabeordnung der Stadt Dessau-Roßlau.
Darüber hinaus ist der Eigenbetrieb in das zentrale Beschaffungswesen der Stadt Dessau-Roßlau eingebunden.
Es sind uns keine Anhaltspunkte bekannt geworden, dass die Unterlagen über die Angemessenheit der Preise nicht ausreichend waren.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die Durchführung, Budgetierung und Veränderung von Investitionen werden durch den Fachbereich Gebäudemanagement in Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen laufend überwacht und sich ergebende Abweichungen untersucht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Im Jahr 2023 ergaben sich beim Neubau der KiTa „Essener Straße“ Kostenüberschreitungen in Höhe von 12,7 TEUR. Die Überschreitung ist in der Vorlage BV/286/2024/IV-DKT dokumentiert.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Eine Ausschöpfung der Kreditlinien und alternative Finanzierungen haben wir nicht festgestellt.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Gemäß Eigenbetriebssatzung entscheidet der Betriebsausschuss über die Ausschreibung bei Überschreitung folgender Wertgrenzen:

a) die Durchführung von Baumaßnahmen und sonstige Investitionen in Höhe von mehr als EUR 250.000,00 bis höchstens EUR 600.000,00 im Einzelfall,
b) den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken im Wertumfang von mehr als EUR 75.000,00 bis höchstens EUR 250.000,00,
c) Verfügungen über das Vermögen des Eigenbetriebes im Wertumfang von mehr als EUR 75.000,00 bis höchstens EUR 250.000,00,
d) die Vergaben von Architektenleistungen nach HOAI in Höhe von mehr als EUR 100.000,00 im Einzelfall,
e) die Gewährung von Darlehen und den Abschluss vergleichbarer Rechtsgeschäfte, soweit diese EUR 2.500,00 übersteigen bis höchstens EUR 50.000,00,
f) den Abschluss von Mietverträgen und vergleichbaren Rechtsgeschäften ohne Nebenkosten mit einem Jahresbetrag von mehr als EUR 25.000,00,
g) den Abschluss sonstiger Verträge mit einer Verpflichtung von mehr als EUR 25.000,00 pro Jahr, sofern es sich nicht um Geschäfte der laufenden Betriebsführung i. S. d. § 5 Abs. 3 der Satzung handelt.

Werden diese Wertgrenzen nicht überschritten, entscheidet gemäß Betriebssatzung die Betriebsleitung; werden sie überschritten, entscheidet der Stadtrat.
Verstöße haben wir im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung nicht festgestellt. Die Vergaberegelung wird vom Rechnungsprüfungsamt/ Vergabestelle überprüft.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Im Rahmen der öffentlichen Vergaben durch den Auftraggeber Eigenbetrieb werden die Vorgaben des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Vergabeverordnung für die Vergabe öffentlicher Aufträge (UVgO) strikt beachtet. Im Rahmen der Vergabeprozesse werden grundsätzlich mehrere Konkurrenzangebote eingeholt, um eine transparente und faire Ausschreibung sicherzustellen.
Um die besten verfügbaren Angebote zu identifizieren, werden umfassende Marktrecherchen durchgeführt. Diese Recherchen helfen dabei, die Qualität und die Preis-Leistungs-Verhältnisse der Angebote zu vergleichen. Dies trägt dazu bei, den haushaltsrechtlichen Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu wahren. Die sorgfältige Beachtung dieser rechtlichen Rahmenbedingungen fördert nicht nur den fairen Wettbewerb, sondern

trägt auch zur Optimierung der Ressourcennutzung und zur Minimierung von Risiken im Vergabeprozess bei.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Dem Betriebsausschuss wird in seinen Sitzungen regelmäßig Bericht erstattet. Dazu liegen ihm schriftliche Quartalsberichte vor, die mündlich erläutert werden.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Quartalsberichte (im Vergleich zum Wirtschaftsplan) vermitteln grundsätzlich einen zutreffenden Eindruck von der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Eine zeitnahe Unterrichtung des Betriebsausschusses über wesentliche Vorgänge erfolgte. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle lagen nach unseren Feststellungen im Wirtschaftsjahr nicht vor.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

In den Ausschusssitzungen wurde regelmäßig zum aktuellen Baugeschehen und die aktuelle Betreuungs- und Personalsituation (Jahresrückblick) informiert. Auf die Sitzungsprotokolle des Betriebsausschusses wird verwiesen.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Im Rahmen der Durchsicht der Berichte an den Betriebsausschuss wurden derartige Anhaltspunkte nicht bekannt.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung besteht nicht.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Derartige Interessenkonflikte wurden nicht bekannt.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht nicht.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Bestände sind nicht auffallend hoch oder niedrig.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage, durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände, wesentlich beeinflusst wird?

Wesentliche stille Reserven bestehen nicht. Auch eine Überbewertung des Vermögens konnten wir nicht feststellen.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Das Anlagevermögen ist vollständig durch das wirtschaftliche Eigenkapital (erweitertes Eigenkapital) bestehend aus Eigenkapital und Sonderposten gedeckt.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine Konzernstruktur vorliegt.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel, einschließlich Garantien der öffentlichen Hand, erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Im Wirtschaftsjahr 2023 hat der Eigenbetrieb folgende Zuschüsse bzw. Ausgleichszahlungen erhalten:

Position	Betrag (TEUR)	Ausstehende Zahlung (TEUR)
Landespauschale nach § 12 (2) KiFöG	8.309,70	0,0
Landkreispauschale nach § 12a KiFöG	2.906,70	0,0
Erstattung Geschwisterermäßigung (§ 13 (5) KiFöG)	1.097,60	13,4
Erstattung § 90 SGB VIII durch örtlichen Träger der Jugendhilfe	567,5	228,3
Zuschuss „gesunde Ernährung“ (Stadt Dessau-Roßlau; davon 120,4 TEUR investiv)	321,4	0,0
Defizitausgleich nach § 12b KiFöG	7.728,30	976,2
Kommunale Betriebskostenzuschüsse Jugendclub	158,2	9,5
Kommunale Betriebskostenzuschüsse Spielmobil	95,3	0,1
Bundesprogramm „Sprach-Kitas“	188,8	0,0
Zuschuss der Stadt zur Ausbildungsvergütung	248,1	0,0
Fachkräfteoffensive – Zuschuss Ausbildung/Mentorenausbildung	242,0	112,5
Vergütungsvereinbarung Sozialagentur für integr. Förderbedarfe	117,4	0,0

Zuschuss Teilhabechancengesetz § 16i SGB II	36,7	0,0
Investitionszuschüsse STARK III – Stadt	544,5	0,0
Investitionszuschüsse STARK III – EU/Land	1.035,10	0,0
Investitionszuschüsse der Stadt für sonstige Investitionsvorhaben	384,4	0,0

Anhaltspunkte, dass die Verpflichtungen und Auflagen der Zuschussgeber nicht beachtet wurden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

Wir weisen ergänzend darauf hin, dass die Prüfung der zweckentsprechenden, wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung nicht zum Prüfungsumfang nach § 53 HGrG gehört.

Im Rahmen unserer stichprobenhaften Prüfung (unter Berücksichtigung des IDW PS 700) der im Berichtsjahr erhaltenen Zuwendungen, Zuschüsse bzw. Ausgleiszahlungen zur Erfüllung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge) durch den Eigenbetrieb haben sich keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen Beihilfevorschriften nach Artikel 107 AEUV, d. h. aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, die bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige begünstigen und so den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, ergeben.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Der Eigenbetrieb verfügt aufgrund der Regelungen zur Finanzierung über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Die Eigenkapitalquote unter Einbeziehung der Sonderposten beträgt 87,9 % (Vj. 79,2 %). Es bestehen keine Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu niedrigen Eigenkapitalausstattung.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Das negative Jahresergebnis von TEUR 81,8 ist unter Berücksichtigung einer Fehlbedarfsfinanzierung nach § 12b des Kinderförderungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalts mit TEUR 479,3 ermittelt worden. Nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr und Entnahme aus Rücklagen ist ein Bilanzergebnis mit EUR 0,00 auszuweisen. Dieser Vorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Der Eigenbetrieb betreibt diverse Einrichtungen und verfügt über eine Kostenstellenrechnung. Wir verweisen diesbezüglich auf Anlage 9 (Ergebnisrechnung nach Betriebszweigen).

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Scheitern der Entgeltvereinbarungen im Jahr 2022 hat im Jahr 2023 zu einem signifikanten vorläufigen Jahresfehlbetrag geführt. Die angespannte personelle Situation in der Verwaltung des Jugendamtes sowie im Eigenbetrieb hat dazu geführt, dass eine Vereinbarung auf der Grundlage der Anträge vom 21.09.2021 nicht zustande kam.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Die Frage ist nicht einschlägig.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen?

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

2023 wurde ein Jahresfehlbetrag erzielt, ansonsten vgl. Antwort zu Frage 14b).

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Der Eigenbetrieb DeKiTa ist in seiner Leistungsfähigkeit stark auf Zuweisungen angewiesen, um die satzungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können. Im September 2021 hat die Betriebsleitung rechtzeitig Entgeltverhandlungen initiiert, um eine wirtschaftliche Grundlage für die Bewirtschaftung der Einrichtungen zu erzielen. Leider konnten diese Verhandlungen nicht zu Ende geführt werden, was erhebliche Auswirkungen auf die Finanzkraft des Eigenbetriebes hatte. Insbesondere war für die ab Mai 2022 eröffnete neue Einrichtung in der „Raguhner Straße“ (KiTa Farbkleckse) keine Platzgeldfinanzierung abgesichert, sodass ein finanzielles Defizit beginnend ab dem Jahr 2022 eintrat. Dieses zentrale Anliegen wurde regelmäßig im Betriebsausschuss thematisiert und in Abstimmung mit der Stadt Dessau-Roßlau verfolgt.

Um diesen Fehlbedarf zu decken, hat die Betriebsleitung verschiedene Antragsbemühungen unternommen, um diesen Fehlbedarf zu refinanzieren. Diese Anstrengungen führten dazu, dass die Landes- und Landkreispauschalen für die Jahre 2022 und 2023 nachgezahlt wurden, was eine temporäre Entlastung darstellte. Zudem konnte eine LEQ-Vereinbarung (Leistungs- und Entgeltvereinbarung) prospektiv ab 01.08.2024 für die KiTa „Raguhner Straße“ verhandelt werden.

Insgesamt zeigt sich, dass die finanzielle Abhängigkeit von Zuschüssen und die Schwierigkeiten bei den Entgeltverhandlungen erhebliche Herausforderungen für den Eigenbetrieb DeKiTa darstellen. Die aktiven Bemühungen der Betriebsleitung, alternative Finanzquellen zu erschließen und zukünftige Vereinbarungen zu verhandeln, sind entscheidend, um die Kontinuität und Qualität der angebotenen Leistungen sicherzustellen.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

vgl. Antwort zu Frage 15b).

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

vgl. Antwort zu Frage 15b).

Ergebnisrechnung nach Betriebszweigen *

Jahresabschluss

Aufwendungen / nach Bereichen / nach Aufwandsarten		Betrag insgesamt	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilungen		Andere Betriebszweige einschl. Nebenbetriebe				
			Verwaltung und Vertrieb	Projekte	Jugendklub	Spielmobil	Kinderkrippe	Kindergarten	Hort
1		€	€	€	€	€	€	€	€
		2	3	4	5	6	7	8	9
1 Materialaufwand									
a) Bezug von Fremden									
b) Bezug von Betriebszweigen									
2 Löhne und Gehälter		16.762.205,05	780.325,56	343.291,11	110.413,07	72.596,45	6.886.542,27	6.489.643,01	2.079.393,58
3 sonstige Abgaben		3.274.610,06	156.377,24	72.924,68	22.702,56	15.463,04	1.339.892,50	1.262.669,08	404.580,96
4 Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		631.852,76	42.137,58	14.550,75	4.287,51	2.301,31	253.340,23	238.739,21	76.496,16
5 Abschreibungen		634.760,02	634.760,02						
6 Zinsen und ähnliche Aufwendungen		5.912,47	5.912,47						
7 Steuern (soweit nicht n Zeile 19 nachzuweisen)									
8 Konzessions- und Wegeentgelte									
9 Andere betriebliche Aufwendungen		3.680.280,22	332.625,72	198.867,99	20.842,35	4.931,95	1.391.520,55	1.311.321,60	420.170,06
10 Umlage der Spalten 3 und 4	Zurechnung (+)								
	Abgabe (-)								
11 Leistungsausgleich der Aufwandsbereiche	Zurechnung (+)								
	Abgabe (-)								
12 Aufwendungen 1 - 12		**24.989.620,58**	**1.952.138,59**	**629.634,53**	**158.245,49**	**95.292,75**	**9.871.295,56**	**9.302.372,90**	**2.980.640,76**
13 Betriebserträge									
a) nach der GuV-Rechnung		24.907.775,17	2.617.893,49	631.841,09	158.245,49	95.292,75	7.556.114,13	9.666.917,52	4.181.470,69
b) aus Lieferungen an andere Betriebszweige									
14 Betriebserträge insgesamt		24.907.775,17	2.617.893,49	631.841,09	158.245,49	95.292,75	7.556.114,13	9.666.917,52	4.181.470,69
15 Betriebsergebnis (+= Überschuß/ -/- = Fehlbetrag)		-81.845,41							
16 Finanzerträge		0,00	0,00						
17 Außerordentliches Ergebnis einschl. der Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen									
18 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag									
19 Unternehmensergebnis									
+ = Jahresgewinn									
- = Jahresverlust		**-81.845,41**	**665.754,90**	**2.206,56**	**0,00**	**0,00**	**-2.315.181,43**	**364.544,63**	**1.200.829,93**

***** geprüft hinsichtlich Übereinstimmung des Jahresergebnisses von EUR – 81.845,41 mit dem geprüften Jahresabschluss 2023

Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten. ©
IDW Verlag GmbH · 50341/1

Lizenziert für/Licensed to: RTG Revisions- und Treuhand GmbH Dr. Böhmer und Partner | 70006120306 | AV00030754

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für/Licensed to: RTG Revisions- und Treuhand GmbH Dr. Böhmer und Partner | 70006120306 | AV00030754